

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Josef Zellmeier

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Claudia Köhler

Abg. Albert Duin

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Ulrich Singer

Abg. Harald Güller

Abg. Markus Plenk

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Hans Herold

Abg. Tim Pargent

Abg. Florian Ritter

Abg. Franz Josef Pschierer

Abg. Michael Hofmann

Staatsminister Albert Füracker

Abg. Martin Böhm

Abg. Florian von Brunn

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 17 bis 19 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz

(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2023) (Drs. 18/25166)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Interfraktioneller Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 18/27875)

Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Drs. 18/27655)

und

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 13

Allgemeine Finanzverwaltung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/27627 mit 18/27637)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/27650 mit 18/27654, 18/27815)

Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 18/27638 mit 18/27649)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/27625 und 18/27626)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)

Haushaltsplan 2023

hier: Heizungs austauschprogramm

(Kap. 13 23 neue TG) (Drs. 18/28036)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das
Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023 - HG 2023) (Drs. 18/25167)**

- Zweite Lesung -

hierzu:

Interfraktioneller Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der
Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/27678 und 18/28109)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/27656 mit
18/27663)

Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 18/27664 und 18/27665)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/27666 und 18/27667)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 119 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 35 Minuten, auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 21 Minuten, auf die Fraktion FREIE WÄHLER 18 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 16 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 13 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 4 Minuten sprechen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, gebe ich bekannt, dass zu vier Änderungsanträgen namentliche Abstimmung beantragt wurde. Konkret handelt es sich um den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Einzelplan 13, Drucksache 18/28036, den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Einzelplan 13, Drucksache 18/27637, und die beiden Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Haushaltsgesetz auf den Drucksachen 18/27658

und 18/27663. Darüber hinaus ist über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf der Drucksache 18/27666 einzeln und in einfacher Form abzustimmen.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat der Kollege Josef Zellmeier von der CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall der Abgeordneten Ilse Aigner (CSU))

Herr Zellmeier, Sie haben das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schlussbilanz der Haushaltsberatungen, wir sind im Endspurt nach drei Tagen: der Einzelplan 13, FAG und Haushaltsgesetz.

Natürlich ist für uns die wirtschaftliche Lage interessant. Die Prognosen haben sich leicht verbessert, wobei sie leicht um null herumpendeln, leichtes Minus, leichtes Plus, je nach Institut. Nach dem langsamen Auslaufen der Corona-Krise prägt auch die Energiekrise, ausgelöst durch den Überfall auf die Ukraine, diesen Haushalt.

Bevor ich ins Detail gehe, möchte ich meine Dankesworte an unseren Finanzminister Albert Füracker und die gesamte Bayerische Staatsregierung inklusive aller Richten, die im Finanzministerium mit dem Haushalt befasst waren; denn der Haushaltsentwurf ist eine hervorragende Grundlage für unsere Diskussion gewesen. Wir haben noch einige Punkte geändert, aber den Entwurf im Großen und Ganzen bestätigt, weil exzellente Arbeit geleistet wird. Danke an Albert Füracker und an die Bayerische Staatsregierung für diese solide Grundlage.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nun werden Sie als Opposition sagen, es ist klar, dass der CSU-Abgeordnete die eigene Staatsregierung loben muss. Aber, meine Damen und Herren, wir sind wegen unserer Haushaltspolitik international anerkannt. Das ist nicht nur meine persönliche Meinung oder die Meinung der CSU-Fraktion und der FREIEN WÄHLER. Nein, es ist

auch die Meinung wichtiger Agenturen wie Standard & Poor's und Moody's, die jedes Jahr wieder ein Spitzenrating an uns und unsere Haushaltspolitik vergeben, so auch 2023. Sie würdigen die Anstrengungen der Staatsregierung und des Haushaltsgesetzgebers, des Bayerischen Landtags, die heimische Wirtschaft zu stabilisieren und dabei die Staatsverschuldung im Blick zu haben, in diesem Fall keine neuen Schulden aufzunehmen, genau das Gegenteil dessen, was in Berlin ständig verdeckt geschieht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihnen allen aus dem Ausschuss, die viele Wochen lang gemeinsam beraten haben – wir sind 22 an der Zahl – fraktionsübergreifend ein herzliches Dankeschön. Ich danke meiner Stellvertreterin Frau Köhler, meinem Koalitionspartner, den FREIEN WÄHLERN, vertreten durch Bernhard Pohl, und natürlich auch den Ministerinnen und Ministern, die mit ihren Amtschefs sowie Abteilungs- und Referatsleitern ihre Haushalte und ihre Einzelpläne im Ausschuss entsprechend dargestellt und mit uns diskutiert haben. Mein besonderer Dank gilt aber auch den Mitarbeitern des Ausschussbüros und der Fraktionen sowie allen, die mit dem Haushalt befasst waren. Ich nenne namentlich die Büroleiterin Frau Wichtermann-Robl, ihren Stellvertreter Herrn Hechenblaikner, Herrn Treitner und Frau Bergbauer-Schlenzger sowie den Leiter des Haushaltsreferats in der CSU-Fraktion, Herrn Dr. Raeder, stellvertretend für alle, die befasst waren. Alle leisten hervorragende Arbeit. Herzlichen Dank sage ich auch dem Stenografischen Dienst – Haushalt ist nicht immer einfach zu stenografieren – und – zwar letztgenannt, aber an wichtigster Stelle – dem bayerischen Steuerzahler. Das Entscheidende sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Unternehmer, die Landwirte, alle, die dazu beitragen, dass unser Staat funktioniert, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die fleißig arbeiten und bewirken, dass wir in Bayern gut dastehen und dass die Steuereinnahmen gut laufen, sowie die gute bayerische Politik, die dafür sorgt, dass wir in Deutschland an erster Stelle stehen. In allererster Linie sage ich also unseren Steuerzahlern Danke!

Meine Damen und Herren, Bayern bleibt das Land der soliden Finanzen. Sie sehen, es gibt keine neuen Schulden. Ein Griff in die Rücklagen ist nötig, ja. Das geht nicht

anders. Die Energiehilfen aufgrund der Ukraine-Krise werden aus Rücklagen finanziert. Dies zeigt aber auch, dass wir Rücklagen haben und nicht wie der Bund einen Schattenhaushalt, das sogenannte Sondervermögen, führen und Sonderschulden aufnehmen müssen. Dies würde unserer DNA widersprechen; denn die Schuldenbremse und stabile, schuldenfreie Haushalte, das ist Politik der CSU pur, über Jahrzehnte verfolgt! Wir haben sie in den Verfassungen durchgesetzt. Darum halten wir uns natürlich auch daran, weil wir das so wollen und weil wir glauben, dass es der richtige Weg ist, gerade für die junge Generation, die wissen muss, dass wir sie nicht mit Schulden überhäufen, sondern dass sie Gestaltungsspielräume hat. Die Zinsquote beträgt bei uns im Haushalt 0,9 %. Im Bund sind es 2,0 %.

Ich will nur eines erwähnen: Der Bundesfinanzminister hat erst vor Kurzem in Presseinterviews gesagt, dass sich der Schuldendienst, und zwar die Zinslast des Bundes, innerhalb von zwei Jahren verzehnfacht hat. 2021 betrug die Zinslast 4 Milliarden Euro, 2022 spricht er von 40 Milliarden Euro! Das ist ungeheuerlich, wenn man gleichzeitig hört, dass der Bund in dieser kurzen Zeit angeblich keine neuen Schulden aufgenommen hat. Natürlich kommt die erhöhte Zinsbelastung hinzu, aber auch die Neuverschuldung mit Sondervermögen ist mit mehreren 100 Milliarden horrend. Diese überschreitet sogar das Niveau des Bundeshaushalts.

Das tun wir in Bayern explizit nicht! Allein in 2022 hat der Bund die Schulden um 4,6 % auf 71,9 Milliarden Euro ohne Sondervermögen erhöht. In Bayern haben wir die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller Länder. Diese beträgt nur ein Drittel des Durchschnitts der westlichen Flächenländer mit 2.800 Euro pro Kopf. Die Investitionsquote ist hier mit 14,4 % am höchsten von allen westlichen Flächenländern und doppelt so hoch wie der Durchschnitt. Das heißt, wir investieren in die Zukunft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dies ist deshalb wichtig, meine Damen und Herren, weil wir ja auch die größten Zahler im Länderfinanzausgleich sind. Das waren wir nicht immer. Über dreißig Jahre lang

haben wir Hilfen erhalten, in der Summe circa 3,5 Milliarden Euro bis ungefähr 1980. Dann waren wir einige Jahre lang weder Zahler noch Empfänger. Jetzt zahlen wir jährlich mehr als 10 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich ein, ein Mehrfaches dessen, was wir in dreißig Jahren erhalten haben. Dies bedeutet aber auch, meine Damen und Herren, dass wir uns emporgearbeitet haben, weil wir seit Jahrzehnten in die Zukunft investieren. Andere Länder konsumieren und geben das Geld dort aus, wo es bei der Bevölkerung gut ankommt, aber sie tun nichts für die Zukunft. Das heißt, wir bleiben auf Dauer der Hauptzahler, weil sich die anderen nicht anstrengen. Das kann so nicht bleiben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt auch die Energiehilfen konkretisiert. Wir konnten die Ansätze im Härtefallfonds Bayern aufteilen. Dies ist mittlerweile geschehen. Das Volumen aus Bundes- und Landesmitteln beträgt 1,7 Milliarden Euro. Wir haben einen bayerischen Verstärkungsansatz für unvorhergesehenen Mehrbedarf in Höhe von einer Viertelmilliarde Euro. Zudem entlasten wir gezielt die Unternehmen mit 286 Millionen Euro, die Bürger mit 336 Millionen Euro sowie das soziale Leben und die Infrastruktur mit 815 Millionen Euro.

Wir tun viel für das Ehrenamt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dies ist mir besonders wichtig. Bayern ist das Land des Ehrenamtes. So viele ehrenamtlich Tätige wie in Bayern gibt es nirgendwo anders in der Bundesrepublik Deutschland. Das sieht man schon an der Vielzahl, ich nehme mal die Freiwilligen Feuerwehren. In Bayern gibt es ein Vielfaches dessen, was es in anderen Bundesländern gibt, wie Sportvereine und kirchliche Vereine etc. Hier gibt es eine riesige Palette. Wir tun hier sehr viel. Ich nenne nur das Thema GEMA-Gebühren für kleinere ehrenamtliche Vereinsveranstaltungen. Das sind nicht die großen Feste, was kaum finanzierbar und auch schwierig in der Umsetzung gewesen wäre. Bis zu 120.000 Veranstaltungen im Jahr entlasten wir! Dafür stellen wir Geld bereit, insgesamt 2,25 Millionen Euro, und die Verpflichtungser-

mächtigung für die nächsten vier Jahre Laufzeit mit über 11 Millionen Euro. Also, hier gibt es Bürokratieabbau und finanzielle Entlastung.

Wir haben die Ukraine-Hilfe von 5 auf 10 Millionen Euro verdoppelt. Wir stärken das Bayerische Büro in Kiew. Allein in Bayern haben wir 157.000 Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen. Mit der zusätzlichen Nothilfe unterstützen wir vor Ort durch Notstromaggregate, Fahrzeuge, Zelte, Spezialkleidung, Erste Hilfe und Werkzeuge.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zu einem Thema, das gerade die Opposition gerne kritisiert, die Fraktionsinitiativen in Höhe von 70 Millionen Euro. Dies sind Anträge der Regierungsfractionen, um sinnvolle Projekte zum Laufen zu bringen, die wir in den Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN für notwendig halten. Das ist eine gute Kombination aus örtlichen Initiativen, aber auch überörtlich wirksamen Anträgen, die übrigens in der Regel auch von der Opposition mitgetragen werden. Ich nenne die Dorferneuerung mit 5 Millionen Euro oder die Vorschaltmaßnahmen zur Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit mit 2,5 Millionen Euro. Auch dies ist eine wichtige Sache; denn wir haben die Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit vor Jahren in die bayerische Förderung überführt. Durch das Auslaufen der Vorschaltmaßnahmen des ESF wären die Vorschaltmaßnahmen nicht mehr finanzierbar gewesen. Das haben wir erkannt, haben dies korrigiert und damit auch gezeigt, dass wir neben dem ländlichen Raum mit der Dorferneuerung auch ein Herz für Soziales haben. Lokal-TV ist auch sehr wichtig. Es ist auch ein Thema für den ländlichen Raum, dass wir Fernsehen vor Ort haben. Auf dem Land haben es die Fernsehsender schwerer als in den Städten, wo mehr Einnahmen aus Werbung erzielt werden können. Ein weiterer Punkt für das Thema ländlicher Raum: Wir geben 1,25 Millionen Euro für die Bekämpfung der Geflügelpest, vor allem für unsere Rassegeflügelzüchter, aber auch für die gewerbliche Geflügelhaltung aus, um einen Impfstoff zu entwickeln, und sind auch hier Vorreiter in Deutschland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir die Beratungen der letzten Wochen im Haushaltsausschuss betrachten, muss man auch einmal bewerten, was die Opposi-

tion an Anträgen gebracht hat. Manchen haben wir zu wenig Schulden gemacht – wir machen ja gar keine –: Man sollte für den Klimaschutz Verschuldung eingehen! – Liebe Kolleginnen und Kollegen, Klimaschutz ist natürlich ein Thema der Nachhaltigkeit. Aber auch die finanzielle Nachhaltigkeit ist entscheidend.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Man darf nicht auf einem Auge blind sein. Wir wollen den Klimaschutz fördern – denken Sie an die Klimamilliarde –, aber auch finanziell verantwortungsbewusst handeln.

Ich schaue auf die Stellenforderungen: Die SPD fordert fast 3.000 zusätzliche Stellen. Bei den GRÜNEN sind es nur 1.517 Stellen. Wir haben selbst über 3.000 Stellen geschaffen. Aber noch mal 3.000 drauflegen, noch mal 1.500? – Wir tun es da, wo es notwendig ist: 500 Polizisten, über 1.100 Lehrer, 400 Verwaltungsangestellte an Schulen, Stärkung von Justiz, Steuer- und Bauämtern. Zusätzliche Dinge, die nicht notwendig oder finanzierbar sind, leisten wir uns nicht.

Die Personalquote – das ist typisch für die Länder – ist mit knapp 40 % hoch. Das zeigt uns aber auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir achtsam sein müssen; denn Personalkosten sind Dauerkosten, die auch nach der Ruhestandsversetzung, in der Pension, zu Buche schlagen. Hier müssen wir vorsichtig vorgehen.

Da möchte ich auch für die Zukunft mahnen, und das nicht nur aus finanziellen Aspekten, sondern auch – ich habe es in diesem Haus schon mal gesagt – aus personellen Aspekten heraus. Wir schaffen es nicht mehr, genügend Kräfte zu gewinnen. Die Jahrgänge, die in den Beruf eintreten, werden immer schwächer. Die starken Jahrgänge scheiden aus dem Beruf aus. Wir haben Probleme, Personal zu gewinnen. Das heißt, wir müssen uns auf das wirklich Wichtige konzentrieren. Dinge, die wir zwar gut und schön finden, aber nicht zwingend brauchen, müssen wir in Zukunft weglassen. Wir müssen die Bürokratie abbauen. Nicht alles muss man kontrollieren. Nicht alles muss man überwachen. Der Mensch ist auch zur Eigenverantwortung befähigt, und da wollen wir auch den nötigen Freiraum geben.

(Alexander König (CSU): So weit die richtige Theorie!)

– Der Kollege König hat, glaube ich, gesagt, das ist Theorie, oder?

(Alexander König (CSU): So weit die richtige Theorie!)

– So weit die richtige Theorie. Das nehme ich jetzt gerne auf. – Wir wissen alle, dass wir in dem Bereich Handlungsbedarf haben. In der Praxis schaut es schwierig aus. Trotzdem ist mir der Appell sehr wichtig; denn ich glaube, dass wir es uns schlichtweg personell nicht mehr leisten können. Wir bekommen die Leute nicht mehr.

Dann gibt es die, die sagen, man müsste das Personal besser bezahlen. Aber das tun die anderen auch. Das tun die anderen öffentlichen Einrichtungen. Das tun die Organisationen. Das tun die Unternehmen. Alle zahlen mehr und geben mehr Freiräume, um Personal zu gewinnen. Das heißt, wenn wir mehr zahlen, zahlen die anderen noch mehr – ein Kreislauf, den wir nicht gewinnen können. Deshalb müssen wir uns beschränken, was übrigens auch der Wirtschaft nutzen würde, weil sie sich ebenfalls Bürokratieaufwand in den Unternehmen ersparen könnte.

Wir haben Forderungen nach mehr Sozialleistungen. Ich nehme hier das Gehörlosengeld heraus. Der Kollege Tom Huber ist bei dem Thema sehr aktiv. Ich sage eines: Natürlich ist es wünschenswert! Aber es ist halt in der jetzigen Zeit schwierig, Förderprogramme neu aufzulegen, wenn wir nicht wissen, wohin der Haushalt, wohin die Steuereinnahmen, wohin die Wirtschaft sich bewegen. Mit einigen wenigen Euros anzufangen, wird nicht reichen. Das wird auch keine Zufriedenheit herstellen. Wenn man es macht, dann muss man es gescheit machen, und für größere Beträge haben wir momentan keinen Spielraum.

Wir wollen auch unnötige zusätzliche Gebühren vermeiden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns einig; der Wassercent ist auch von unserem Ministerpräsidenten zu Recht ins Spiel gebracht worden.

(Tim Pargent (GRÜNE): Wann kommt er denn?)

Aber in dieser Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der die Menschen – jetzt kommt's, genau – nicht mehr wissen, wie sie ihre Heizkosten bezahlen sollen, in der wir Hilfen auflegen für diejenigen, die unter den hohen Preisen leiden, wollen wir nicht die Wasserpreise erhöhen. Gleichwohl wissen wir natürlich, dass Wasser kostbar ist und der Klimawandel dazu führt, dass das Wasser weniger wird. Auf der einen Seite geben wir in der jetzigen Zeit Energiehilfen, und auf der anderen Seite nehmen wir das Geld wieder weg, indem wir die Wasserpreise erhöhen. Das ist der falsche Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dass die GRÜNEN so denken, verstehe ich. Aber dass bei der SPD so gedacht wird, verstehe ich gar nicht. Ihr seid doch eigentlich die, die für die kleinen Leute da sind. Davon erkennt man leider nichts.

(Zurufe von der CSU: Waren! – Alexander König (CSU): Das ist schon lange vorbei! Schon lange! – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

– Das stimmt, "waren", ja. Man kümmert sich bei den Sozialdemokraten leider um alle Themen, die schick sind, aber nicht um die kleinen Leute. Das tun wir von der CSU. Das werden wir auch in Zukunft machen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir den Vorschlägen von SPD und GRÜNEN gefolgt wären, hätte das mehr Abgaben, mehr Personal, mehr staatliche Leistungen, mehr Staatswirtschaft, mehr Bevormundung usw. usf. bedeutet. Ich habe es bereits vorher ausgeführt und will es gar nicht mehr ausdehnen.

Insgesamt tun wir viel für die Infrastruktur, meine Damen und Herren. Wir erhöhen den Etat des Bauministeriums um 27 %. Die Staatsstraßen liegen bei fast einer halben Milliarde Euro. Der Breitbandausbau wird fortgesetzt, ein Erfolgsmodell Bayerns. Da hatten wir – das wissen wir – aufgrund unserer großen Fläche und der dünnen Besiedlung in weiten Teilen Nachholbedarf. Wir haben so schnell aufgeholt, dass wir die anderen Länder überholt haben. Was der Freistaat Bayern bei Breitband macht, ist

sensationell. Das zeigt sich daran, dass die allermeisten Haushalte jetzt schnelles Internet haben.

Wir tun mit über 11 Milliarden Euro etwas für die Kommunen. Dazu wird der Kollege Herold sprechen; dazu will ich nichts ausführen. Wir setzen 24,6 Milliarden, mehr als ein Drittel des Haushalts, für Schule und Hochschule ein. Wir haben die Sicherheit ausgebaut mit der bayerischen Polizei, der besten und bestausgestatteten im Bundesgebiet. Wir schaffen Wohnraum mit der Wohnraummilliarde. Auch da machen wir das Gegenteil des Bundes, der die Förderung reduziert und die Auflagen erhöht. Wir wollen, dass wirklich sozialer Wohnraum entsteht. Wir tun das unbürokratisch, auch beim Familiengeld im Sozialbereich, bei dem wir die Beträge erhöht haben, und beim Landespflegegeld.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Bayern ist lebenswert und attraktiv durch die Leistung der Menschen – das steht bei mir immer an erster Stelle –, aber auch durch die gute Politik der Bayerischen Staatsregierung, der Regierungsmehrheit hier im Bayerischen Landtag von CSU und FREIEN WÄHLERN. Wir haben seit vielen Jahren Zuzug, und zwar aus allen Teilen der Republik, aus Europa und darüber hinaus. Bayern wächst. Bayern wächst stärker als alle anderen Länder. Es geht uns gut in Bayern.

Wir zahlen am meisten in den Länderfinanzausgleich. Ich habe es vorher schon gesagt: Hier kann es nicht sein, dass wir uns Dinge nicht leisten, die woanders gemacht werden. Hier werden wir klagen. Das ist der richtige Weg.

Wir sind attraktiv für internationale Konzerne. Apple errichtet in München ein europäisches Chip-Design-Zentrum. BMW baut eine neue, hochmoderne Batteriefabrik in Niederbayern, erfreulicherweise in meinem Stimmkreis, in Irlbach-Straßkirchen. Das zeigt natürlich auch, dass wir als Produktionsstandort attraktiv sind. Das ist ganz wichtig, um auch in Zukunft für gute Steuereinnahmen zu sorgen.

Wir haben die besten Universitäten. Wir haben einen starken ländlichen Raum. Dafür tun wir ausgesprochen viel. Wir machen alles, damit das auch in Zukunft so bleibt, damit wir auch in Zukunft sagen können: Bayern ist lebenswert und attraktiv für die Menschen, die hier wohnen. Wir bleiben stabil und sicher. Wir tun viele Dinge, die wichtig sind. Wir leisten uns keinen Luxus. Aber wir sind diejenigen, die dafür sorgen, dass Bayern in Deutschland und in Europa an der Spitze bleibt. Das garantieren wir den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern; denn das ist unsere Aufgabe, dafür sind wir gewählt. – Ich bitte Sie um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Zellmeier. – Nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Claudia Köhler.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst geht auch von uns GRÜNEN der Dank ans Ausschussbüro, ans Plenarreferat, an die Ressorts und die Referent*innen und an den Herrn Vorsitzenden Zellmeier für alle Vorbereitungen.

Ein neuer Rekord heuer: fast tausend Änderungsanträge, über 46 Stunden Beratung. Und – das werden sich die Gäste vielleicht fragen – was ist dabei herausgekommen? – Es war, um ehrlich zu sein, wie immer. Die CSU und die FREIEN WÄHLER haben abgesegnet, was der Ministerpräsident und der Finanzminister vorgelegt haben,

(Alexander König (CSU): Und ihr lehnt wie immer ab!)

und haben alles, ausnahmslos alles, was die demokratische Opposition vorgelegt hat, mit blumigen Ausreden abgelehnt.

Meine Damen und Herren, der ganze Haushalt zeigt die Schockstarre, in der Sie sich auch nach zwei Jahren Krise und einer verlorenen Wahl im Bund immer noch befinden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Was ist das für ein Wunschdenken?)

Wir haben bis Dezember drei Monate auf einen Entwurf gewartet. Drei Monate hat dann die Beratung gedauert, und passiert ist nichts. Stattdessen stellen Sie sich jetzt in dieser Haushaltswoche hin, ein Minister nach dem anderem, ein Fraktionsmitglied nach dem anderen, und schwadronieren nichts Konkretes, gern Bundesthemen – und über allem das Mantra, bis Sie es selber glauben: Bayern ist super, alles ist toll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber wo sind wir tatsächlich vorne dran? Bayern hat wegen Ihrer Verantwortung die größte Energieabhängigkeit von den fossilen Energien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern ist ganz vorne dabei beim Unterrichtsausfall. Bayern macht den meisten Wind um die wenigsten Windräder. Bayern hat die kleinsten ausgewiesenen Wasserschutzgebiete. Diesen Schutz wollten Sie dann bis vorgestern auch noch kippen. Bayerns Ministerpräsident ist am seltensten im Plenum. – Meine Kolleginnen und Kollegen, das war es dann aber auch schon. Ich würde Sie gerne mal fragen: Was wollen Sie mit diesem Haushalt und mit diesem kleinteiligen Rumdoktern am Etat eigentlich erreichen?

(Zurufe der Abgeordneten Robert Brannekämper (CSU) und Alexander König (CSU))

Die Staatsregierung hat wie immer einen Haushaltsplan vorgelegt. Sie hat pauschal ein bisschen gekürzt, aber sonst nichts.

(Zuruf des Abgeordneten Robert Brannekämper (CSU))

Darin finden sich keine Ideen und keine Weichenstellungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen doch aus den Krisen lernen. Wir müssen die Erkenntnisse nutzen und strukturelle Verbesserungen für alle Menschen in Bayern schaffen. Das wäre in der schweren Zeit doch auch eine Chance gewesen. Wir müssen die Bereiche, die bisher nicht resilient genug waren, die Nachholbedarf haben und die Schwächen gezeigt haben, gezielt stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu gehören die Schulen, die Jugendarbeit, die Infrastruktur, die Gesundheitsversorgung, die Gesundheitsämter und der ÖPNV. Das haben wir doch alles gesehen. Natürlich muss man auch manches über Bord werfen, was nicht weiterhilft. Das sind einkommensunabhängige Pauschalzahlungen, überflüssige Kosten für Beauftragte, Programme mit Milliarden an Ausgaberesten. Die Ausgabereste sind wieder von 8,2 auf 9,2 Milliarden Euro gestiegen. Allein dreieinhalb Milliarden Euro geplanter Ausgaben für Investitionszuschüsse sind in den vergangenen Jahren liegen geblieben. Da nützt doch eine angeblich hohe Investitionsquote im Plan gar nichts, wenn das Geld dann überhaupt nicht investiert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der erst vorgestern erschienene ORH-Bericht zeigt die zahlreichen Schwachstellen in der bayerischen Haushaltspolitik. Vieles wurde angekündigt, wenig umgesetzt. Das ist nur Symbolpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Robert Brannekämper (CSU))

Große Überschriften gab es, nichts war dahinter. Das ist beim Thema Geothermie gut zu sehen: Bayern gibt dafür 7,5 Millionen Euro in einem ganzen Jahr für ganz Bayern aus. Das sind auch wieder nur Studien. Geothermie steckt aber nicht mehr in den Kinderschuhen,

(Zuruf des Abgeordneten Robert Brannekämper (CSU))

sondern es gibt abgesteckte Claims und Potenzialanalysen. Die Kommunen brauchen jetzt konkrete Hilfe, und zwar schnell. Wir haben ein Bürgerschaftsprogramm vorgelegt und einen Investorengipfel beantragt. Der Bund hat bereits vorgelegt. Bewegen Sie sich!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Gelegenheit würde ich schon mal gerne die leere Bank da fragen: Weiß der Minister Aiwanger eigentlich, dass er nicht der Twitter-Minister, sondern der Energieminister wäre?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als nächstes Beispiel nenne ich die Green Hospital Initiative Bayern: Ich habe mich immer gewundert, wie man Krankenhäuser in ganz Bayern mit einer Million Euro pro Jahr energieeffizient sanieren soll. Krankenhäuser fressen viel Energie. Da könnte man einige Verbesserungen in der Energieeffizienz erreichen. Das würde dann natürlich viel bringen. Unser Antrag, 30 Millionen Euro für die Kliniken und 10 Millionen Euro für die Uni-Kliniken zu bewilligen, wurde von der CSU und den FREIEN WÄHLERN abgelehnt. Die Antwort, warum man jetzt noch nicht in die Umsetzung gehen will, muss man sich auf der Zunge zergehen lassen:

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

Man will das noch nicht richtig umsetzen; denn man will bis 2024 erst mal noch schauen, was geht. Bis dahin zeichnen wir jedes Jahr Krankenhäuser, die dafür geeignet wären, als Green Hospitals aus. Meine Herren, das ist reines Greenwashing.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kinder sind so gar nicht Ihr Thema. Sie haben in der Bildungspolitik überhaupt keine Weiterentwicklung zu verzeichnen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Genau!)

Beim Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus haben Sie, ohne mit der Wimper zu zucken, unsere Änderungsanträge abgelehnt. Daher gibt es kein Schulbudget für Klassenfahrten, keine Fortbildungen für Schulbegleitungen, kein Budget für Vertretungsstunden. Sie haben unsere Anträge abgelehnt, ohne selber etwas vorzulegen. Wie soll es dann funktionieren?

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt
(FREIE WÄHLER))

Stattdessen sind nach wie vor Lehrerstellen gesperrt. Diese Woche erhalten wir dann noch die Nachricht: Bis 2025 sollen weiterhin die Lehrkräfte die Systembetreuung für die IT übernehmen, statt zu unterrichten. Völlig unverständlicherweise sind Sie sogar gegen ein gesundes Schulessen. In Deutschland und in Bayern haben wir für jede Schraube eine DIN-Norm, aber für das Schulessen unserer Kinder gibt es in Bayern nicht einmal einen Mindeststandard.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei den Hochschulen ist es das Gleiche: Da brauchen wir endlich mal eine bessere Grundfinanzierung jenseits der Leuchtturmprojekte. Bei den Hochschulen bräuchten wir auch erst mal intakte Gebäude, von energetischen Maßnahmen ganz zu schweigen. Wir haben einen Sanierungsstau von mindestens 5 Milliarden Euro bei Universitäten in Bayern. Wir wollten den jetzt endlich mal angehen, 100 Millionen Euro bewilligen und auch gleich was in den Bauunterhalt stecken, damit es gar nicht immer so marode wird. Sie haben das abgelehnt und nichts Eigenes vorgelegt.

Lieber Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen, investieren Sie in die Jugend! Das sind unsere Fachkräfte von morgen, sie werden den Wirtschaftsstandort sichern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Umweltpolitik, zum Arten-, Wasser- und Klimaschutz, zur Klimaanpassung unserer Städte und zur Überlebenssicherung von Tier- und Pflanzenarten kam nichts. Kein Ziel der Diversitätsstrategie wurde bisher pünktlich erreicht. Wie lange wollen Sie da noch zuschauen? Die Staatsregierung will bis 2030 klimaneutral sein. Sie tut aber wenig bis gar nichts dafür. Ich sage Ihnen: Arbeitsneutral zu sein, heißt noch lange nicht, klimaneutral zu sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt geht es auch noch ums Wasser. Das wurde in den letzten zwei Wochen beinahe von den FREIEN WÄHLERN verramscht. Sie sind gerade noch zurückgerudert. Das ist Geschäftemacherei mit unserem Trinkwasser. Dafür haben Sie den Wassercent wieder mal verschoben. Dabei geht es doch darum, überhaupt einmal zu erheben: Wer entnimmt täglich wie viel Grundwasser? – Die wenigen Beträge im Haushalt, bei denen sich ein bisserl was getan hat, haben Sie auch noch von uns abgeschrieben. Ich nenne nur die Vorschaltmaßnahmen für die Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit und den Meisterbonus. Drei Jahre lang stellen wir – meine Kollegin Barbara Fuchs – schon den Antrag. Hätten Sie dem im Ausschuss gleich zugestimmt, dann hätten wir nicht nach den Beratungen alle Haushalte einzeln noch mal aufschnüren müssen. Das ist ein bürokratischer Wahnsinn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mehr Personal bei der Justiz wurde von uns lange gefordert. Für die Feuerwehren gibt es endlich eine Mitglieder-Werbekampagne, gerade auch um Frauen für den Feuerwehrdienst zu gewinnen. Schau, schau: In diesem Jahr gibt es sogar ein Sirenenprogramm, das im letzten Jahr von Ihnen noch vehement abgelehnt wurde; aber das ist ja auch gut. – Strukturell ist aber in Bayern noch gar nichts passiert. Solange strukturell nichts passiert, wird sich auch nichts ändern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Plenum hat jetzt in dieser Woche unsere Vorschläge im Einzelnen gehört. Sie dagegen haben alle Ziele auf die nächste Legislatur-

periode verschoben. Herr Minister Füracker, ich würde es Ihnen gerne noch mal ins Stammbuch schreiben: Wir müssen den Investitionsstau angehen. Wir müssen in die Energiewende, in die Verkehrswende, in Bildung, in Klima- und Wasserschutz investieren. Das sind unser aller Lebensgrundlagen. Wir müssen bestehende Förderungen endlich auf ihre Wirkungen hin untersuchen und die Förderkriterien anpassen. 162 verschiedene Förderprogramme gibt es alleine für die Kommunen. Wer soll sich da noch auskennen? – Wir müssen unsere öffentlichen Verwaltungen besser ausstatten. Steuerhinterziehung und Finanzkriminalität müssen besser bekämpft werden. Ganz wichtig ist: Der Landtag muss in der Lage sein, den Haushalt zum 1. Januar eines Jahres in Kraft zu setzen, und nicht erst, wie in diesem Jahr, zum April.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommunen und Institutionen brauchen Planungssicherheit. Eines würde ich Ihnen gleich auch noch gerne sagen: Aus öffentlichen Kassen darf es keine Wahlgeschenke geben. Zahlen Sie diesmal Ihren Wahlkampf selber!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich stelle noch mal die Frage: Was wollen Sie mit Ihrer Haushaltspolitik eigentlich erreichen?

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

Wollen Sie einen ausgeglichenen Haushalt und Geld in der Rücklage erreichen? – Das ist grundsätzlich nicht schlecht. Das stimmt zwar gar nicht, weil die Rücklage unter Ihrer Ägide von Ende 2021 in Höhe von 8 Milliarden Euro bis Ende des Jahres auf jetzt 2 Milliarden Euro gemäß Haushaltsplan geschrumpft ist; aber alleine die Frage, wieviel Geld in der Rücklage ist, würde auch noch nichts über die Wirkung und den Inhalt des Haushalts aussagen. Sie sagen immer gern, Sie würden gut wirtschaften. Stimmt das? Ist Gebäude verkommen zu lassen gutes Wirtschaften? – Die energetische Sanierung von Gebäuden der nächsten Generation zu überlassen und aufzu-

schieben, ist nicht wirtschaftlich. Den Sanierungsstau bei Staatsstraßen vor sich herzuschieben, ist auch nicht wirtschaftlich. Drängende Probleme bei der Bildung, bei sozialen Fragen und beim Klimaschutz einfach zu verdrängen und nicht mehr darüber zu reden, ist doch nicht wirtschaftlich.

(Staatsminister Albert Füracker: Schulden machen schon, oder?)

In dieser ganzen Woche nur auf den Bund zu verweisen, hilft doch bei den Herausforderungen in Bayern nicht weiter. Wir haben es aktuell mit mindestens drei Krisen zu tun: Wir haben eine soziale Krise, die durch die Inflation verstärkt wird. Die Corona-Pandemie ist hoffentlich vorbei, aber die finanziellen Folgen noch lange nicht; das wissen wir alle. Jetzt herrscht noch Krieg in der Ukraine, was den Staat zusätzlich fordert und weitere Inflation durch die teuren Importpreise für Energie und Lebensmittel bewirken wird.

(Ulrich Singer (AfD): Die Krise heißt Rot, Gelb und Grün!)

Allein die Tilgung der Schulden aus der Corona-Krise wird schon nicht leicht werden. Daneben gibt es aber auch noch den hohen Investitionsbedarf für die notwendige Energie- und Verkehrswende sowie für die ökologische Transformation, für die Sie jahrzehntelang nichts gemacht haben. Das alles geht über die regulären Aufgaben eines Staates hinaus. Der Sanierungsstau bei öffentlichen Gebäuden und Infrastruktur kommt dann auch noch obendrauf und wird jedes Jahr noch einmal höher. Sie wollen doch nicht ernsthaft sagen, dass Sie diese Problemlagen durch die laufenden Haushalte dauerhaft lösen können, oder? Sie machen es auch nicht und gehen es in Ihren Haushalten gar nicht an.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Das stimmt doch nicht!)

Der Bund geht die Probleme endlich an.

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist natürlich nicht leicht. Der Bund finanziert Teile davon – und deswegen ärgert mich Ihre scheinheilige Diskussion – über Sondervermögen, die aus Krediten gespeist sind.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Das sind Märchen, die Sie hier erzählen!)

Das ist notwendig und nicht anders möglich; denn die Alternative ist, gar nichts zu machen, wie Sie es machen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Genau!)

Die Dauerpolemik gegen dieses Sondervermögen können Sie sich sparen; sie ist total scheinheilig. Sie haben mit den 20 Milliarden Euro für den BayernFonds selbst ein bayerisches Sondervermögen gegründet. Ihr Glück war nur, dass das Geld am Schluss keiner haben wollte; sie wären aber bereit gewesen, es auszugeben, weil Sie eine Herausforderung gesehen haben.

Sehr geehrte Damen und Herren vor allem der CSU, wenn Sie so weitermachen bzw. gar nichts machen, dann werden Sie uns auch in Bayern einen Scherbenhaufen hinterlassen.

(Alexander König (CSU): Ich glaube, die GRÜNEN müssen aus diesem schlimmen Land auswandern!)

Sie können sich keinen schlanken Fuß mehr machen und mit ein paar Prestigeprojekten, die dann noch nicht einmal sauber sind und einen Untersuchungsausschuss zur Folge haben, die Probleme überdecken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden den von Ihnen vorgelegten Haushalt für das Jahr 2023 ablehnen. Gehen Sie die Themen endlich richtig an – ernsthaft, nachhaltig und dauerhaft. Schöne Überschriften reichen nicht. Kümmern Sie sich endlich!

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Schlimm, schlimm!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Köhler. – Es gibt noch eine Meldung zur Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Albert Duin von der FDP-Fraktion.

Albert Duin (FDP): Dass Sie die Backen speziell im Fall Meisterbonus so aufblasen, macht mich wirklich betroffen. Ich kann mich erinnern – Annette Karl wird mir recht geben –, dass ich den Meisterbonus in einer unserer ersten Sitzungen im Wirtschaftsausschuss in dieser Legislaturperiode gefordert habe. Von wem wurde der Antrag abgelehnt? – Von den GRÜNEN – mit der Begründung, es würde so viele Abbrecher geben. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Claudia Köhler (GRÜNE): Herr Duin, das stimmt einfach nicht.

(Albert Duin (FDP): Fragen Sie Frau Karl!)

Seitdem Barbara Fuchs und ich im Landtag sind, seit 2018, plädiert Barbara Fuchs dafür, dass die duale Ausbildung für die Auszubildenden genauso wie ein akademisches Studium kostenfrei sein muss.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe)

Sie haben unsere Anträge jedes Jahr abgelehnt. Sogar heuer hat die Koalition von CSU und FREIEN WÄHLERN

(Alexander König (CSU): Das ist der Streit um den Bart der Opposition! Er ist vor allem unerheblich!)

im Haushaltsausschuss gesagt, dass 2023 ein Loch entstehe, als nach der Ankündigung des Ministerpräsidenten für nächstes Jahr klar war, dass es kostenfrei wird. Es

hieß, das werde heuer keiner mehr machen, wenn klar sei, dass es ab nächstem Jahr gratis wird. Wir haben gefordert, etwas zu tun. Der Antrag wurde abgelehnt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Am Ende stimmt ihr doch immer gegen alles!)

Sie sind nicht im Haushaltsausschuss, aber wir mussten nachsitzen. Wir mussten alle Haushalte noch einmal einzeln aufmachen, die schon längst beschlossen waren, damit man das noch einmal einpflegt, weil man sich vorher zu fein war, einem einzigen Antrag der Opposition zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Köhler. – Nächster Redner ist der Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

(Staatsminister Albert Füracker: Die Ampel streitet jetzt auch in Bayern! Hast du es gehört?)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Albert Füracker ruft mir gerade zu, die Ampel streite jetzt auch schon in Bayern. – Lieber Albert, das tut sie, aber nicht erst seit heute, sondern schon länger. Es ist aber auch tatsächlich schwierig; wenn man so ungleiche Partner in einen Raum sperrt, dann kann es nur schlimme Folgen haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

– Frau Kollegin Köhler, ich muss mich schon sehr wundern. Wir haben jetzt wochenlang sehr konstruktive Haushaltsberatungen geführt, und das möchte ich auch ausdrücklich an Ihre Adresse als stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses richten. Das Chamäleon ist ein grünes Tier, aber ich hätte nicht gedacht, dass Sie eine solche Verwandlungskünstlerin sind. Ich muss Wolfgang Krebs einmal sagen, dass da ein ernster Konkurrent entsteht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Diese irrationale Predigt heute lässt eigentlich nur eine Frage zu: Frau Kollegin, wer hat Ihnen diese Rede geschrieben?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Claudia Köhler (GRÜNE): Ich habe sie geschrieben!)

Haushaltspolitik setzt richtige Schwerpunkte, aber bei jedem Haushalt muss am Anfang der Dank an alle Menschen hier in Bayern stehen, die wiederum dazu beigetragen haben, dass wir dieses Land mit Rekordsteuereinnahmen gestalten können. Ich kann nur herzlichen Dank sagen. Das ist angemessen, das ist richtig. Deswegen ist es unanständig – wie heute Morgen geschehen –, dass man Steuerzahler unter Generalverdacht stellt, Steuern zu hinterziehen. Es hieß, man brauche mehr Steuerbeamte, die Betriebsprüfungen machten, man müsse die Steuerfahndung etc. verstärken. – Das ist unanständig.

In Bayern werden die meisten Steuern gezahlt, weil dort das meiste erwirtschaftet wird, und wahrscheinlich auch, weil hier die ehrlichsten Steuerzahler in ganz Deutschland zu Hause sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Mein Dank gilt aber auch allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses mit unserem Vorsitzenden Josef Zellmeier an der Spitze sowie den Mitgliedern der Regierungsfractionen, die selbstverständlich ganz maßgeblich, wie auch die Mitglieder der Staatsregierung, an diesem Haushaltsentwurf beteiligt sind.

Frau Kollegin Köhler, ich finde immer Ihre Vorstellung von der Art, wie Haushalte in Bayern entstehen, sehr interessant. An der finalen Haushaltsklausur sind die beiden Fraktionsvorsitzenden Florian Streibl und Thomas Kreuzer sowie die beiden Haushaltssprecher Josef Zellmeier und ich selbstverständlich beteiligt. Wir sind anwesend und geben wichtige Impulse und Anregungen. Das ist ein Gemeinschaftswerk unter

unserem Coach Albert Füracker, der das wieder einmal ganz hervorragend gemacht hat. Wenn wir schon dabei sind, Spitzenleistungen hervorzuheben: Für mich ist er auch der beste Finanzminister in dieser Republik, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Unsere Haushaltslage ist hervorragend. Wir haben Grundstockvermögen – andere haben Sondervermögen. Aber das Sondervermögen, das da so bezeichnet wird, sind in Wahrheit Schulden, Schulden für Investitionen, die man in der Vergangenheit versäumt hat, aber auch Schulden für konsumtive Ausgaben. Das wird dann unter dem schönen Wort "Sondervermögen" versteckt. Dann wundert man sich, dass man für dieses Sondervermögen keine Rendite erwirtschaftet, sondern auch noch Zinsen zahlen muss. So ein Pech!

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, so kann man keine seriöse Haushaltspolitik machen. Das ist Etikettenschwindel pur!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Gute Haushaltspolitik heißt richtige Schwerpunktsetzung. Wir setzen die Schwerpunkte in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Wir fangen mit der Vergangenheit an. Vergangenheit heißt, dass wir unsere Vermögenswerte instand halten. Jetzt sage ich Ihnen mal was. Kollege Güller wird es wahrscheinlich nachher sagen: Man kann immer noch mehr machen, keine Frage. Aber ich vergleiche jetzt einmal die Bauinvestitionen der Jahre 2011 bis 2021 von Bayern und Nordrhein-Westfalen. Die Bauinvestitionen pro Einwohner: in Nordrhein-Westfalen 156 Euro, in Bayern 428 Euro pro Einwohner. – Schulbau: In Nordrhein-Westfalen 17 Euro, in Bayern 104 Euro. – Beim Investitionsstau kehrt es sich um: in Nordrhein-Westfalen pro Einwohner 2.881 Euro, in Bayern 714 Euro pro Einwohner, also das Vierfache.

Damit Sie mir jetzt nicht unterstellen, dass ich irgendeine den FREIEN WÄHLERN oder der CSU nahe Quelle benutze, nenne ich Ihnen die Quelle: Das ist der Kommunalfinanzbericht von Ver.di Nordrhein-Westfalen 2022, erstellt am 29. November 2022, also brandaktuell. Das sind die Fakten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Warum ist das so? – Weil wir unsere Kommunen anständig behandeln,

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Genau!)

mit allein über 11 Milliarden Euro für den kommunalen Finanzausgleich. Wenn man sämtliche Investitionen in unsere Kommunen zusammenrechnet, dann sind wir bei annähernd 20 Milliarden Euro oder knapp 30 % unseres gesamten Haushaltes. Ja, wir sind die Treuhänder der Kommunalfinzen, weil wir das Geld, das wir an Steuermitteln bekommen, nach dem Grundgesetz teilweise an die Kommunen weiterreichen müssen. Aber wir sind ein guter, fairer und verlässlicher Treuhänder, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Kommen wir zur Gegenwart. Bei der Gegenwart sage ich: Investitionen in die Gesellschaft, das heißt gleichwertige Lebensverhältnisse, Infrastruktur. Ich sage beispielhaft Verkehrsinfrastruktur: 500 Millionen Euro für die Staatsstraßen, aber auch ausreichend Geld für den ÖPNV, die Schiene und auch für den Luftverkehr. Wir sind hier in Bayern in der Zwischenzeit flächendeckend gut aufgestellt.

Die gleichwertigen Lebensverhältnisse sind das, was wir FREIE WÄHLER im Besonderen in diese Koalition eingebracht haben. Bei der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse sind wir ganz weit vorangekommen.

Meine Damen und Herren, "Investitionen in die Gegenwart" heißt auch Investition in den Wohnungsbau. Der Kollege Zellmeier hat die Wohnungsbaumilliarde schon angesprochen. Bezahlbarer Wohnraum ist die soziale Frage der Gegenwart. Das ist die wichtigste soziale Frage der Gegenwart. Hier müssen wir noch besser werden. Ich sage das in aller Deutlichkeit. Aber wir sind schon ein gutes Stück vorangekommen. Auch da brauchen wir den Ländervergleich nicht zu scheuen; denn man sollte schon einmal realisieren, dass der Bevölkerungszuwachs in Deutschland in allererster Linie in Bayern stattfindet.

Deswegen – auch das an die Adresse der GRÜNEN – ist jede Kritik daran, dass in Bayern zu viel Fläche verbraucht wird, doppeldeutig. Ich bin ein entschiedener Gegner von Flächenverschwendung. Aber dass wir selbstverständlich für die Entwicklung unseres Landes im Bereich Wohnungsbau, im Bereich gewerbliche Entwicklung und auch für Verkehrsinfrastruktur Flächen benötigen, steht für mich außer Frage.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Johannes Becher (GRÜNE): Aber wo ist die Grenze?)

Aber wir haben ein Wirtschaftsministerium und ein Umweltministerium, die mit dieser Frage sehr sorgsam und sensibel umgehen. Natürlich kann man immer noch sagen: Die Kirsche oben auf der Torte liegt nicht ganz genau richtig. Wer macht keine Fehler? Aber im Grundsatz sind wir hier auf einem ganz hervorragenden Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Wir haben die Polizei personell angemessen ausgestattet: jedes Jahr 500 Beamte mehr. Innere Sicherheit ist nicht nur ein Standortfaktor, sondern auch der gesellschaftliche Kitt. Wenn sich über 99 % vernünftig verhalten, aber ein paar aus der Reihe tanzen, dann kann das die ganze Bevölkerung auf den Kopf stellen. Wenn man nach Berlin schaut und sich vor Augen führt, was dort an Silvester passiert ist,

(Claudia Köhler (GRÜNE): Von Bayern reden!)

und wenn man schaut, was vor einigen Jahren in Köln passiert ist, dann sage ich: Das wäre in Bayern so nicht möglich. Ein Dank an die bayerische Polizei!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir werden, wenn uns der Wähler das Mandat für eine Fortsetzung dieser Koalition geben sollte, diesen Weg weitergehen. Wir werden nicht stehen bleiben. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Genauso bei den Kliniken. Wir geben 647 Millionen Euro in die Kliniken. Und was macht euer Gesundheitsminister Lauterbach? – Er geht eine Klinikreform, eine Gesundheitsreform an, die dazu führen kann, dass ein Drittel der bayerischen Kliniken aus der Landschaft verschwindet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD): So ein Unfug! Sie haben sich gerade selbst disqualifiziert!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, es ist nicht damit getan, dass man in Universitätskliniken investiert. Die Gesundheit muss auch in der Fläche gewährleistet sein!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir betreiben in Bayern auch eine anerkannt hervorragende Integrationspolitik. Ich kann mich noch gut erinnern, als wir hier in diesem Haus einmal fast 24 Stunden am Stück über die Frage der Leitkultur debattiert haben. Wie weltfremd war das? Das sage ich jetzt an das gesamte Haus gerichtet, egal welche Fraktion.

(Zuruf der Abgeordneten Kerstin Celina (GRÜNE))

Wie weltfremd war das, über den Begriff der Leitkultur zu fabulieren, die wahrscheinlich jeder anders versteht!

(Zuruf der Abgeordneten Kerstin Celina (GRÜNE))

Das Entscheidende ist doch, dass wir die Menschen, die zu uns kommen, vernünftig integrieren, und das wird hervorragend gemacht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Da gilt der Dank nicht nur der Staatsregierung und dem Parlament, sondern auch all denjenigen, die sich vor Ort darum kümmern.

Damit komme ich schon zum Thema Ehrenamt. Das Ehrenamt hat in Bayern und unter dieser Koalition einen ganz besonders hohen Stellenwert. Jetzt nenne ich nur zwei kleine Bereiche, die aber sehr wichtig sind, kleine Verbesserungen in kleinen Bereichen, die wir auf den Weg gebracht haben: Wir haben erneut die Vereinspauschale verdoppelt. Das haben wir in diesem Haushalt erneut vorgesehen. Wir entlasten viele Vereine von GEMA-Gebühren. Auch das ist ein Beitrag zur Entbürokratisierung sowie zur Unterstützung der Vereine und des Ehrenamts.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, wir stehen gleichermaßen für Weltoffenheit und Heimatliebe und gegen einen Genderwahnsinn und Ernährungszwang.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Das ist unser Menschenbild. So wollen wir diese Gesellschaft haben: weltoffen, liberal, heimatliebend und nicht in eine Zwangsvorstellung gepresst. Vielen Dank allen Kolleginnen und Kollegen, die das auch so sehen und hier im Parlament die richtigen Signale nach draußen senden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich komme zum Thema Zukunft. Dazu fallen mir drei Ministerien ein. Die Zukunftsmi-
nisterien sind das Bildungsministerium, das Wirtschaftsministerium und das Wissen-
schaftsministerium. Bildung ist die Grundlage. Eine breite Bildung für junge Menschen
legt die Grundlagen. Wissenschaft entwickelt die Grundlagen, angereichert durch For-
schung und Entwicklung, weiter. Eine gute Wirtschaftspolitik führt dann dazu, dass die
Menschen hierbleiben und dass sie das, was sie erlernt haben, hier ausüben, was
letztlich dazu führt, dass Arbeitsplätze hier entstehen und hier gehalten werden. Das
sind dann Arbeitsplätze für Hochqualifizierte. Damit entstehen auch wirtschaftlicher Er-
trag und Wohlstand auf breiter Grundlage.

Wohlstand ist ein Wort, das manchmal in den Hintergrund gerät und manchmal auch
negativ konnotiert ist. Eine solche Auffassung ist völlig falsch. Wohlstand ist die
Grundlage der Menschenwürde! Nur Wohlstand auf breiter Basis führt dazu, dass
Menschen ihre Grundrechte ausüben können. Was willst du ohne Geld? Ohne Geld
hast du keine Möglichkeit, deine Grundrechte auszuüben. Deswegen ist Wohlstand für
uns so wichtig, und es ist wichtig, dass wir diesen Wohlstand erhalten. Genau das tut
diese Regierung durch ihre Politik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf des
Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

– Kollege Becher, hören Sie zu! – Ich nenne ein paar Beispiele: Die Hightech Agenda
ist die Lösung für die Fragen der Zukunft, für die Fragen des Klimaschutzes. Sie kön-
nen in Deutschland noch so sehr auf den Verzehr von Fleisch verzichten: Wissen Sie,
dass die Weltbevölkerung jährlich um so viele Einwohner wächst, wie die Bundes-
republik Deutschland Einwohner hat? Da können Sie mit Fleischverzicht nicht viel aus-
richten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Doch!)

Aber wenn der Verkehr klimaneutral ist, wenn die Wirtschaft klimaneutral ist und wenn
wir bei Gebäuden – beim Wohnen – den Klimaschutz durch Dinge verbessern, die

weltweit anwendbar sind, dann haben wir etwas geleistet. Dann sind wir auch unserer Verantwortung gerecht geworden; denn wir haben als Hightech-Nation ganz andere Möglichkeiten als andere Länder. Meine Damen und Herren, wir entwickeln das, was weltweit zur Anwendung kommt, um das Klimaproblem zu lösen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir investieren in Bildung. Wir haben die Besoldung nach A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte auf den Weg gebracht. Ich danke unserem Koalitionspartner dafür. Dieses Vorhaben stand nicht im Koalitionsvertrag. Ihr wart anfangs nicht unserer Meinung, aber wir haben es jetzt gemeinsam gemacht. Deswegen ist es auch unser gemeinsamer Erfolg.

(Zuruf der Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE) und Tim Pargent (GRÜNE))

Ich sage Ihnen auch, warum wir die Besoldung nach A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte brauchen. Es geht dabei nicht um Gerechtigkeit, sondern darum, dass wir die Kräfte brauchen, dass wir das Personal brauchen. Deswegen ist diese Entscheidung alternativlos und richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE) – Gegenruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Wir investieren in die Privatschulen. Wir haben die Privatschulen gestärkt und werden das auch weiterhin tun. Das werden die Regierungsfaktionen auf den Weg bringen.

Noch ein Letztes: Wir kümmern uns auch um die Landwirtschaft, und zwar für alle Betriebe, damit sie weiterhin gut arbeiten und uns gesunde Lebensmittel bereitstellen können.

Dieser Haushalt ist ein Zukunftshaushalt. Meine Damen und Herren, diesem Haushalt muss man zustimmen.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Pohl, vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Ulrich Singer für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch unser Dank geht natürlich an alle Mitarbeiter, die hier im Haus mitgewirkt haben, um diesen Haushalt überhaupt erst einmal im Hintergrund erstellen zu können – vor allem natürlich aber an den Steuerzahler, der die Zeche der guten oder in diesem Fall auch schlechten Arbeit dann zu tragen hat.

Herr Minister Füracker, die Darstellung der Staatsfinanzen im Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 verspricht ja vordergründig eigentlich eine leichte Entspannung. Wenn man aber im Detail schaut, ist man darüber erstaunt, wie kunstfertig die Staatsregierung verschleiert, mit welcher Geschwindigkeit in Wahrheit die Überschuldung unseres Landes und die Verschleuderung der Substanz voranschreiten.

Die Verschleierung gelingt ja vor allem deshalb so gut, weil der Oberste Rechnungshof kein Rederecht in den Haushaltsdebatten hat und seine Darstellungen dadurch bequem totgeschwiegen werden können.

(Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Abgeordneter Singer, ich unterbreche Sie nur ungern, aber es gibt in allen Fraktionen jede Menge Gesprächsnester. Ich bitte Sie alle, die Gespräche außerhalb des Plenarsaals fortzusetzen oder dem Abgeordneten Singer zuzuhören. – Herr Abgeordneter Singer, Sie haben weiterhin das Wort.

Ulrich Singer (AfD): Herr Präsident, vielen Dank. – Wie wäre es denn, wenn wir dem Obersten Rechnungshof hier im Hohen Haus ein Rederecht einräumen würden, wenn

wir die Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag an dieser Stelle ändern würden? Warum lassen wir hier nicht ausgewiesene Fachleute zu Wort kommen? Diese wissen doch genau und am besten, auf welche Weise die Steuern durch die Staatsregierung tatsächlich verschwendet werden. Das sollten diese Fachleute den Bürgerinnen und Bürgern doch auch sagen dürfen. Das wäre moderne Transparenz, wie sie dem Bürger auch zusteht. Wie wäre es, wenn in Zukunft das Große Kollegium des ORH hier zu Wort kommen würde? Es ist klar, dass es dazu niemals kommen wird; denn das würde den Regierungsfractionen nicht gefallen. Der ORH hat, wie in den vergangenen Jahren auch, alle Kritikpunkte der AfD-Fraktion an der Haushaltsführung der Staatsregierung bekräftigt und bestätigt.

(Beifall bei der AfD)

Ein Beispiel ist der Härtefallfonds der Staatsregierung. Auch wir wollen natürlich, dass diejenigen Bürger und Vereine und unsere Unternehmen, die aufgrund der politisch verschuldeten schlechten Wirtschaftslage in Deutschland und in Bayern in Not geraten sind, die erforderliche Unterstützung bekommen. Wenn aber Bayern dann einspringt, wo der Bund versagt hat und eigentlich zahlen müsste, dann ist etwas faul im Land. Dann ist es an der Zeit, selbstkritisch hinzuschauen. Es muss ganz klar ausgeschlossen werden, dass der Freistaat Bayern über den Härtefallfonds den Bund in seinem Versagen querfinanziert.

Darüber hinaus muss auch sichergestellt werden, dass die Mittel transparent, gerecht und rechtssicher verteilt werden. Es hilft uns ja nicht, wenn wir Geld auszahlen und es danach wieder zu Rückforderungen kommt und im Einzelfall erhebliche Zahlungen wieder so zurückerstattet werden müssen, wie wir das bei den Corona-Hilfen erlebt haben.

Ein weiteres Feld für den falschen Einsatz der staatlichen Mittel ist der Straßenbau. Der ORH hat schon im Jahr 2019 zwei Milliarden Euro für die Sanierung der maroden bayerischen Straßen gefordert. Sie haben seitdem lediglich Mittel in der Größenord-

nung von 350 Millionen Euro bereitgestellt. Dabei gehören doch die Erhaltung und der Ausbau unserer Straßen zum Kern staatlicher Aufgaben.

Sie werden es in Ihrem grün-ideologischen Verständnis nicht hören wollen und vielleicht auch gar nicht verstehen, aber eine gute Infrastruktur ist keine Selbstverständlichkeit, sondern sie schafft überhaupt erst die Voraussetzungen für eine blühende Wirtschaft. Wir können überall im Land die Verschleißerscheinungen an unserer Infrastruktur sehen, die das Sparen am falschen Fleck verursacht hat.

Herr Kollege Pohl von den FREIEN WÄHLERN, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land haben wir nicht. Im Gegenteil, die Unterschiede in den Lebensverhältnissen sind insbesondere auf dem Land durch dieses unsägliche 49-Euro-Ticket verschärft worden, das der bayerische Steuerzahler mitfinanzieren muss. Gerade auf dem Land haben viele Bürger nicht einmal eine Bahnanbindung in der Nähe und müssen erst einmal viele Kilometer mit dem Auto fahren, um das Bahnangebot in Anspruch nehmen zu können.

(Beifall bei der AfD)

Auf der anderen Seite wird Geld mit beiden Händen natürlich auch zum Fenster herausgeworfen. Es ist ja mittlerweile ganz modern, überall Kreisverkehre einzurichten, und zwar auch auf dem freien Land. Sie sind oft viermal so teuer wie eine Kreuzung oder eine Ampelanlage. Sie sind besonders auf dem Land unbeleuchtet und stellen dadurch in der Nacht eine erhebliche Gefahren- und Unfallquelle dar. Ich kann nicht verstehen, welchen Sinn sie haben sollen, außer dass die Staatsregierung damit ihre Wendehalspolitik üben kann und sich wieder täglich selbst im Kreis drehen kann.

Wahrscheinlich gehören diese Kreisverkehre zu einer neuen Welt, die Sie sich vorstellen. Das sieht man auch an der Anschaffung der Dienstfahräder für Staatsbedienstete im Umweltministerium. Dort wurden 50 Fahrräder für 100.000 Euro beschafft, das ist eine steile Nummer! Das sind 2.000 Euro pro Fahrrad. Diese Fahrräder werden überwiegend privat genutzt. Das müssen Sie einmal den Steuerzahlern im Land erklären,

was Sie hier machen. Bei solchen Drehungen um 180 Grad, hin und her, wie wir das auf verschiedenen Feldern Ihrer Politik erleben, fragen sich die meisten Menschen in unserem Land, zumindest die, die noch bei Verstand geblieben sind, wie es hier noch weitergehen soll.

In der Corona-Krise hieß es noch, in Bayern stünden zu wenig Krankenhausbetten zur Verfügung. Jetzt wird die Zahl dieser Betten nach dem Willen der Gesundheitspolitiker noch weiter reduziert, da viele Landkrankenhäuser geschlossen werden sollen. Die Begründung lautet: Es fehlen die Mittel. Der finanzielle Ruin der Krankenhäuser liegt natürlich auch an Entscheidungen der Bundesebene, aber die CSU war dafür seit Jahren der Wegbereiter, gemeinsam mit den anderen Altparteien. Statt die kommunalen Landkrankenhäuser finanziell kräftig zu unterstützen, wollen Sie lieber Privatkliniken im Übermaß, damit dort die Folgen der verfehlten Corona-Politik irgendwie abgemildert werden. Geschätzte Kollegen, hier fehlt jede Logik. Das können Sie den Bürgern und Steuerzahlern im Land nicht erklären.

(Beifall bei der AfD)

Zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum: Erinnern Sie sich noch an Ihr großes Versprechen: Bayern barrierefrei 2023? Dieses Versprechen wird inzwischen totgeschwiegen, weil dieses Ziel völlig verfehlt wurde. Bayern hinkt hier weit hinterher. Die Jugendförderung, die gerade jetzt nach der Corona-Krise und den völlig unverhältnismäßigen Lockdowns so wichtig wäre, ist in diesem Haushalt nicht ausreichend verankert.

Dieser Haushalt ist ein einziges Zauberwerk, mit dem Sie Ihre falschen Prioritäten bei den Ausgaben und das wahre Ausmaß der Staatsverschuldung vertuschen wollen. Die geringere Verschuldungserwartung der Staatsregierung beruht ja vor allem darauf, dass einerseits nicht die ganzen 20 Milliarden Euro aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie ausgegeben werden sollen, und andererseits profitieren Sie, zumindest auf dem Papier, davon, dass die Menschen durch eine desaströse Finanzmarkt- und

Geldmarktpolitik unter den Auswirkungen einer nicht mehr steuerbaren Inflation zu leiden haben. Es ist schon interessant, wie hier das Geld auf eine rechtlich höchst bedenkliche Art und Weise zweckentfremdet wird. Ihnen kommen die höheren Preise natürlich gerade recht; denn sie führen auf dem Papier aktuell zu höheren Steuereinnahmen. Aber die Wertschöpfung ist dadurch in Bayern nicht gestiegen.

Dass der Staat durch das steigende Geldvolumen Mehreinnahmen generiert, läuft im Grunde auf eine kalte Enteignung unserer Bevölkerung hinaus. Diese Mehreinnahmen sind de facto Steuererhöhungen durch die Hintertür. Der Bürger draußen kann sich für sein hart erarbeitetes Geld und seinen Lohn nicht mehr das leisten, was er sich noch vor einem Jahr leisten konnte. Die Auswirkungen der Inflation mit einer gleichzeitigen Schaffung von Steuereinnahmen zu verknüpfen, ist eine sehr unsoziale Art und Weise der Geldbeschaffung; denn sie schröpft die Menschen ohne Ansehen ihres Vermögens und ihres Einkommens beim täglichen Einkauf, bei jedem einzelnen Geschäft, das hier im Land getätigt wird.

Die immer länger werdenden Schlangen vor den bayerischen Tafeln, wo es teilweise bereits schon Aufnahmestopps gibt, sprechen eine sehr deutliche Sprache. Sie zeigen die zunehmende Verarmung unserer bayerischen Bürger. Sie sind auch eine direkte Folge der Inflation und davon, dass sich unser Staat daran auch noch schamlos bereichert.

(Staatssekretär Roland Weigert: Jetzt wird es aber immer schöner!)

Der schöne Schein Ihres Haushalts trägt. Dieser Haushalt ist Gift für dieses Land, und er zerstört langfristig unser Volksvermögen.

(Beifall bei der AfD)

Nicht einmal die sprudelnden Steuereinnahmen reichen mehr aus, um Ihre Verschwendungssucht auszugleichen. Wegen der hohen Inflation entspricht die Kaufkraft dieses Haushalts nicht einmal dem, was wir im letzten Haushalt ausgegeben haben,

auch wenn es auf dem Papier anders aussieht. Wir können mit diesem Geld in diesem Jahr wesentlich weniger erreichen.

Der Haushalt offenbart auch ein weiteres Dilemma. Nachdem der von Ihnen selbst verkündete Katastrophenfall weggefallen ist, mit dessen Hilfe Sie noch zwischen 2020 und 2022 mal schnell die Schulden um fast 80 % erhöhen konnten, dürfen Sie ab jetzt eigentlich keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Immerhin gibt es aber noch ein bisschen verstecktes Tafelsilber. Wie bei einer Insolvenzverschleppung üblich, kommt das jetzt klammheimlich unter den Hammer. Die Haushaltsrücklage wird weiter abgeschmolzen. Ganze 3,3 Milliarden Euro werden an den Haushalt überwiesen.

Geschätzte Kollegen, noch einmal wird sich das nicht ausgehen; denn die Rücklagen des Freistaats wurden in den letzten Jahren nach und nach geplündert. In den letzten Jahren war es noch möglich, Gelder zu entnehmen. Jetzt ist aber das Ende des Notgroschens erreicht. Am Stichtag 31. Dezember 2021 waren noch 7,9 Milliarden Euro in der Rücklage vorhanden. Dieser Betrag sank im Jahr 2022 auf 5 Milliarden Euro. Voraussichtlich werden am Ende dieses Jahres nur noch 1,5 Milliarden Euro übrig sein.

Geschätzte Kollegen, was kommt dann? Was wird nach der Landtagswahl mit diesem sehr geschönten Haushalt passieren, den Sie auf unseriöse Art zusammengeschnitten haben? – Ich sage Ihnen, was nach dem 8. Oktober in Bayern kommen wird: Es wird eine Sintflut kommen. Dann werden Sie dem Bürger reinen Wein einschenken und ihn mit den Rechnungen überschwemmen müssen, die dann für Ihre Wahlgeschenke ausgestellt werden. Im Herbst wird das große Erwachen kommen. Dann wird es aber viel schwieriger sein, den Kurs wieder auf die richtige Richtung zu setzen und zu einem verantwortungsvollen Haushalt zurückzukommen. Deswegen schlägt die AfD-Fraktion schon jetzt erhebliche und sinnvolle Einsparungen vor. Wir sind offensichtlich die einzige Partei in diesem Hause, die das Herz noch am rechten Fleck hat,

(Johannes Becher (GRÜNE): Am ganz rechten Fleck!)

die Lage richtig einschätzt und etwas für den Steuerzahler übrig hat.

(Beifall bei der AfD)

Sie denken doch nur daran, wie Sie im Herbst noch irgendwelche Wähler für Ihre Partei gewinnen können. Wir behalten dagegen die Zukunft des Landes im Auge.

(Lachen bei der CSU)

Wir sehen das bei der Fraktionsreserve, mit der Sonderwünsche von Wählergruppen generös auf Kosten der Allgemeinheit finanziert werden. Dieses Gebaren ist antiquiert und überholt. Der Bürger braucht von der Koalition keine Gnadengeschenke. Er hat eine transparente und verantwortungsvolle Haushaltsführung verdient. An eine seriöse Gegenfinanzierung wird in diesem Haushalt überhaupt nicht mehr gedacht. Hauptsache, Sie werden aufgrund Ihrer kostspieligen Versprechen wiedergewählt. Es ist immer sehr leicht, das Geld fremder Leute, das Geld des Steuerzahlers, auszugeben, vor allem wenn man hier im Haus auf seinen Privilegien sitzen und das Abgeordneten-dasein genießen kann und wenn man die regelmäßigen Diätenerhöhungen automatisch aufs Konto überwiesen bekommt.

Kehren Sie endlich zu einer soliden Haushaltsführung zurück! Dazu gehört, dass wir als Landtag die Kommunen nicht vergessen. Die Kommunen leiden wegen der verantwortungslosen Masseneinwanderungspolitik von Bund und Staatsregierung nicht nur unter den organisatorischen Herausforderungen, die sie zu stemmen haben, sondern sie werden auch finanziell in den Abgrund gerissen.

(Johannes Becher (GRÜNE): Ich habe schon darauf gewartet, dass das kommt!)

Geschätzte Kollegen, allein im letzten Jahr haben sich bei den bayerischen Kommunen weitere Schulden in einer Größenordnung von knapp 2 Milliarden Euro angehäuft. Wir müssen hier für eine solide Finanzausstattung sorgen und vor allem gegensteuern. Jeder Migrant ohne Aufenthaltsrecht, der das Land wieder verlässt oder es nach unserem Willen gar nicht erst erreicht, entlastet in Zukunft unsere Gesellschaft, sowohl kulturell als auch finanziell.

(Beifall bei der AfD)

Die von Ihnen angepriesene Bereicherung durch illegale Massenmigration ist in Wahrheit schon immer eine Lüge gewesen. Migration nach Ihrem Vorbild bedeutet kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Niedergang. Sie bedeutet vor allem Schuldknechtschaft für die nachfolgenden Generationen, für unsere Kinder und Enkelkinder, und eine zerstörte kulturelle Identität.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das ist so übel! Das ist unglaublich!)

Die Zeche dafür zahlen unsere Rentner und unsere Geringverdiener, die an den Tafeln Schlange stehen müssen. Das müssen sich die GRÜNEN anhören: Unsere Rentner können an den Tafeln teilweise nicht mehr bedient werden. Die explodierenden Preise führen dazu, dass sich die Menschen weder die Miete noch die enormen Heizkosten noch die enorm gestiegenen sonstigen Energiekosten leisten können. Das alles beruht auf Ihrer verfehlten Politik einer kaputten Ampel in Berlin.

(Beifall bei der AfD)

Auch unsere Familien in Bayern bekommen für ihre Kinder teilweise schon keinen Kindergartenplatz mehr, weil sie deutsch sind, weil sie weiß sind und weil sie vielleicht sogar in diesem Land arbeiten wollen. Aus unserer Sicht hat ein Staat dann seine Aufgaben erfüllt, wenn er für die eigenen Bürger da ist und wenn möglichst wenige Menschen auf staatliche Hilfen angewiesen sind. So etwas geht nur in einer freien und gerechten Sozialordnung.

(Tim Pargent (GRÜNE): Das Problem mit der Würde des Menschen ist, dass sie für alle gilt!)

Das Staatsverständnis der Kollegen der Altparteien in diesem Hause, und zwar von links-grün bis zu schwarz-sozialistisch oder pseudoliberal, geht davon aus, dass der Mensch kleingehalten und vom Staat abhängig gemacht werden soll, aber trotzdem Ihren Klimaunfug finanzieren darf.

(Johannes Becher (GRÜNE): Da klatschen nicht mal Ihre eigenen Leute!)

Die Regierung unter Söder verschrieb sich eben auch einer links-grünen Ideologie. Sie ist dazu bereit, das Land zu deindustrialisieren und die Natur durch Windkraftanlagen zu verwüsten und zu verschandeln. Sie siedeln massenhaft nicht integrierbare Menschen aus aller Herren Länder an und verspielen damit die Identität, aber auch die Sicherheit unseres Landes.

(Johannes Becher (GRÜNE): Ach so! Auwei, auwei!)

Um Ihren Irrsinn zu finanzieren, verschwenden Sie den Wohlstand ganzer Generationen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Wie soll man da weitermachen? Eine Schande!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Harald Güller für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Herr Finanzminister, Kolleginnen und Kollegen! Man muss leider auch nach drei Monaten Beratung dieses Haushalts feststellen: ein Haushalt, der wieder unter den Möglichkeiten Bayerns zurückbleibt; ein Haushalt, der uninspiriert ist; ein Haushalt ohne größere Ambitionen. Ein Haushalt für die Anforderungen, die wir derzeit haben – auf der einen Seite die Folgen der Corona-Pandemie, auf der anderen Seite der russische Angriffskrieg – muss auf Sicht fahren. Er muss aber auch die Weichen für die Zukunft kraftvoll und richtig stellen: als Krisenreaktionshaushalt, als sozialer Anker für die Gesellschaft und als innovativer Investitionshaushalt.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, die SPD hat Ihnen eine Vielzahl von Vorschlägen gemacht. Wir haben zum Thema Härtefallfonds gesagt: nicht nur – was richtig ist – 1,7 Milliarden Euro einstellen. Zur Wahrheit gehört: 700 Millionen Euro sind vom Bund hinzugegeben worden. Wir haben gesagt: nicht nur das Geld einstellen, sondern auch mit konkreten Maßnahmen und Projekten hinterlegen – da fehlt es noch meilenweit. Wir haben bei vielen Projekten noch nicht einmal die Zugangsvoraussetzungen für die Menschen und die Unternehmen festgelegt.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, das ist Ihr Versäumnis.

Wir haben eine ehrliche bayerische Wohnungsbaumilliarde vorgeschlagen. Auch hier schmücken Sie sich wieder mit fremden Federn. – Ja, eine Milliarde für Wohnungsbau in Bayern ist notwendig, natürlich. Zur Wahrheit gehört aber auch: 400 Millionen Euro kommen vom Bund. Sie haben in diesem Haushalt keine zusätzlichen Mittel eingestellt. Wir wollen das korrigieren.

(Beifall bei der SPD)

Machen Sie sich ehrlich! Eine ehrliche Wohnungsbaumilliarde, um bezahlbaren Wohnraum durch längere Sozialbindung, mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Auszubildende, aber auch die Bekämpfung von Obdachlosigkeit in Bayern nach vorne zu bringen!

Wir haben Ihnen eine Verkehrswende vorgeschlagen: Investitionen in ÖPNV und SPNV, Reaktivierungen von Eisenbahnstrecken, Elektrifizierung des bayerischen Schienennetzes. Und wir haben gefordert: Zugang zu ÖPNV und SPNV zusätzlich zum Bundesticket mit einem kostenlosen Schülerinnen- und Schüler-, Studierenden- und Azubi-Ticket, einem Seniorinnen- und Senioren-Ticket, aber auch einem Sozialticket für Bedürftige. Das wäre ein innovativer, das wäre ein guter, das wäre ein zukunftsfähiger ÖPNV und SPNV.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen aber – und wir unterscheiden uns da ganz klar von den GRÜNEN –: Dies darf nicht zulasten des Straßenunterhalts und des Ausbaus von Engstellen gehen. Ich sage ausdrücklich: nicht riesiger Neubau, sondern Ausbau von Engstellen. Deswegen ist es falsch, diese Mittel zu streichen, sondern wir brauchen eigentlich sogar mehr Mittel, insbesondere für den ländlichen Raum. Vergessen Sie bitte nicht: Auch der ÖPNV fährt über diese Straßen, die wir sanieren und bei denen wir Engstellen beseitigen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben Ihnen im Bereich der Bildung – bei der Kita, bei der Verbesserung der Kita-Qualität, bei mehr Fachkräften, beim Thema OptiPrax, für mehr digitale Endgeräte in der Schule, für multiprofessionelle Teams inklusive Schulsozialarbeit – viele Vorschläge gemacht, die auch in konkrete Anträge gegossen waren.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre vielleicht nicht schlecht gewesen, nicht – wie in den letzten zwei Tagen – immer nur zu lästern und zu sagen, ach, die hocken sich in Berlin fünfzig Stunden zusammen und reden über Projekte der Zukunft. Hätten Sie das doch selber gemacht!

(Zuruf des Abgeordneten Hans Friedl (FREIE WÄHLER))

– Nicht dazwischenplappern! Melden Sie sich! Machen Sie eigene Vorschläge, Herr Kollege! Das wäre toll, das habe ich bei Ihnen hier herinnen noch nicht gehört.

(Beifall bei der SPD)

Es geht darum, sich auch einmal zusammzusetzen und in die Zukunft zu denken,

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das machen wir ständig, Herr Kollege!)

auch Projekte und neue Ideen miteinander zu besprechen. Wenn Sie es schon nicht innerhalb Ihrer Koalition machen, weil die einen nibelungentreu an den anderen hängen, dann machen Sie es doch zumindest mit uns.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

Wie groß das Interesse der Staatsregierung an diesen Haushaltsberatungen ist, sieht man ja auch daran, inwieweit ihnen der Herr Ministerpräsident bisher gefolgt ist.

(Florian von Brunn (SPD): Er muss sein Essen fotografieren und Selfies machen!
– Beifall bei der SPD)

Herr Kreuzer, Sie haben zu Beginn der Diskussion, als unser Fraktionsvorsitzender Florian von Brunn gefragt hat, wann Seine Hoheit denn gedenke, in diesem Hause aufzuschlagen, gesagt: Machen Sie sich keine Sorgen; er ist schon im Haus,

(Florian von Brunn (SPD): Er isst im Haus!)

und er kommt schon noch. – Da scheint er sich aber stark verlaufen zu haben, wenn er drei Tage lang nicht einmal den Plenarsaal findet.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Das würde ihm nicht schlecht tun.

Das Einzige, was mich an dieser Stelle wundert, ist, dass Sie von der CSU sich das gefallen lassen, weil Sie ja die Prügel dafür kriegen. Sie sind diejenigen, die sich fragen lassen müssen: Ja, hat der Ministerpräsident denn an unseren Reden, an unseren Ideen und an unserem Auftritt überhaupt kein Interesse?

Ich glaube, Sie sollten da in Ihrer Fraktion mal Tacheles reden. Auf jeden Fall kann man so mit dem Parlament – und vielleicht auch mit der CSU, das müsst aber ihr klären – nicht umgehen.

(Florian von Brunn (SPD): Anscheinend schon!)

Ich jedenfalls sage: So ist es unparlamentarisch.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, ich habe zu Anfang ja gesagt, was das für ein Haushalt ist und dass ich wieder einen barocken Wahlkampfhaushalt erwarte. Aber auch ich hätte mir nicht vorstellen können, dass er durch die 70 Millionen Euro Fraktionsreserve für 250 Anträge von CSU und FREIEN WÄHLERN zu lauter ganz wichtigen Dingen, die in diesem Haushalt vergessen worden sind, so barock und so absolutistisch ausfällt. Da sind Campingparkplätze drin. Da wird die innovative Bewässerung von Sportplätzen mittels einer Zisterne gefördert.

(Heiterkeit des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Oder, lieber Kollege, da wird die Veränderung der Schwinggeschwindigkeit einer Glocke bei Beibehaltung des alten Glockenschwengels noch zusätzlich gefördert, weil es eine ganz wichtige Maßnahme ist.

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN – Johann Häusler (FREIE WÄHLER):

Da hast du zugestimmt!)

– Liebe Leute, wir haben den meisten Themen zugestimmt, weil es einzelne Projekte sind und die Leute sich da freuen; im Einzelnen sind sie auch sinnvoll. Ist es denn aber wirklich gut, so barock drüberzugehen? – Wir haben in diesem Land eigentlich Förderkriterien. Müssen sich nicht alle anderen Vereine und alle anderen Organisationen verhöhnenpipelt vorkommen, da nur einzelne Abgeordnete von CSU und FREIEN WÄHLERN Zugriff haben und andere CSU-Abgeordnete – auch da würde ich mich übrigens mal mit meiner eigenen Fraktion auseinandersetzen – keinen Zugriff haben und an dieser Stelle – Entschuldigung – die Deppen sind?

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, auch das ist einem Haushalt nicht angemessen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, was jetzt wieder kommt: Die SPD hat so viele Forderungen. Das können wir doch alles wegen dieses Länderfinanzausgleichs nicht machen.

(Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Ja!)

Was habe ich da in den letzten drei Tagen wieder gehört: Länderfinanzausgleich!

(Hans Herold (CSU): 10 Milliarden!)

Nehmen Sie doch mal zur Kenntnis: Länderfinanzausgleich ist seit jeher nicht die Kernkompetenz von CSU-Ministerpräsidenten und CSU-Finanzministern.

(Hans Herold (CSU): Aber wir zahlen!)

Ich darf mal daran erinnern, dass die jetzige Lage von Seehofer als Ministerpräsident und Söder als Finanzminister ausgehandelt wurde und dass sie sich noch gelobt haben, wie toll das Ganze sei.

(Christian Flisek (SPD): Genau!)

Ich zitiere Ihre Lieblingszeitschrift, den "Bayernkurier":

Künftig bleibt mehr Geld bei uns im Freistaat. [...] Mit der Rücknahme der Klage besiegeln wir eine der wichtigsten strukturellen Entscheidungen unserer Zeit.

So begründete Seehofer im "Bayernkurier" am 05.09.2017. – Das haben Sie aber toll gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Um es klar zu sagen: Solidarität kann es auch bei unter 10 Milliarden Euro Länderfinanzausgleich von Bayern im Jahr geben. Man muss dann aber halt ordentlich verhandeln. Dann muss man miteinander diskutieren. Da muss man richtig verhandeln. Da muss man richtige Kompromisse schließen.

(Florian von Brunn (SPD): Da muss man auch mal da sein!)

– Ich wüsste nicht, dass der Kompromiss zwischen Seehofer/Söder und den anderen Finanzministern mit der Waffe vor dem Kopf abgeschlossen worden wäre. Sie haben freudestrahlend – freudestrahlend! – Ja gesagt, und jetzt klagen Sie dagegen. Das gehört auch zur Wahrheit dazu, Kolleginnen und Kollegen!

(Florian von Brunn (SPD): Das ist politisches Kabarett! – Beifall bei der SPD)

Ich wünsche der Staatsregierung, CSU und FREIEN WÄHLERN auch einmal die Bereitschaft, auf andere zuzugehen, Ideen zu übernehmen, mit uns zu diskutieren und gemeinsam an einer guten Zukunft für unser schönes Bayern zu arbeiten. Dieser Haushalt ist dem nicht gerecht geworden. Bayern kann mehr, Bayern hat mehr verdient. Wir lehnen diesen Haushalt ab, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da es für mich die letzte Haushaltsrede zu einem regulären Haushalt ist, freue ich mich, dass es mir auch heute gelungen ist, den einen oder anderen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN zu einem Zwischengeschrei zu bringen.

Jetzt danke ich aber insbesondere meiner Fraktion und den GRÜNEN für den einen oder anderen Beifall. Daneben danke ich ganz ehrlich für die kollegiale und fachlich versierte Zusammenarbeit, ob mit Josef Zellmeier, Claudia Köhler, Helmut Kaltenhauser, Hans Herold oder, in der letzten Legislaturperiode, mit Peter Winter aus Aschaffenburg, oder auch für die lustigen Zwischenbemerkungen, die das eine oder andere Mal von Ernst Weidenbusch oder von Bernhard Pohl gekommen sind. Herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit. Ich hätte mir gewünscht, dass das eine oder andere Mal der Groschen ein bisschen schneller fällt, aber ich gebe die Hoffnung nicht auf. Die SPD wird auch in der nächsten Legislaturperiode schauen, dass möglichst viel für ein gutes Bayern umgesetzt wird. Ich schließe mit einem ganz herzlichen Dank

an Florian Ritter und Volkmar Halbleib, die mit mir zusammen den Haushaltsausschuss so lange bearbeitet haben, und – außerhalb der Tagesordnung – an unseren Haushaltsreferenten Harald Zeidler. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD, den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen herzlichen Dank, Herr Kollege Güller. Das Protokoll verzeichnet Applaus aus allen Fraktionen bis auf eine. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Güller, vielleicht wissen Sie, was eine Zinsstrukturkurve ist. Wenn so eine Zinsstrukturkurve flach ist, dann finanziert man idealerweise aufs lange Ende um. Genau das hat Herr Scholz als Bundesfinanzminister versäumt mit dem Ergebnis, dass schon jetzt die Zinsbelastung zehnfach höher ist im Vergleich zu von vor zwei Jahren. Wir reden hier von 40 Milliarden Euro. Herr Güller, wo sind die ganzen SPD-Schlaumeier, wenn es darauf ankommt?

Harald Güller (SPD): Wir von der SPD sind keine Schlaumeier, sondern wir haben Fachpersonal. Dieses Fachpersonal hat Ihnen gerade erklärt, was mit dem Staatshaushalt in Bayern zu machen ist. Unser Fachpersonal in Berlin erklärt das auch gerne den Mitgliedern Ihrer ehemaligen Organisation.

Ansonsten bedanke ich mich ganz herzlich für den Beifall. Ich bedanke mich beim Herrn Präsidenten für die Feststellung, dass eine Fraktion nicht geklatscht hat. Dann habe ich doch einiges richtig gemacht in diesem Hause.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Güller. – Jetzt hat Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser für die FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Finanzminister Füracker! Da dies der letzte Tagesordnungspunkt der Haushaltsdebatte ist, möchte ich die Gelegenheit nutzen, den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den Ministerien und insbesondere im Büro des Haushaltsausschusses zu danken. Es ist schon gesagt worden, es ist eine ganze Menge neuer Anträge und Nachträge dazugekommen. Es ist eine Unsitte mit Tischvorlagen eingerissen und damit, mit allen möglichen Dingen noch hinterher zu arbeiten. Teilweise haben wir die Unterlagen als Oppositionspolitiker sehr verzögert bekommen. Da hat man sich dann schon gefragt, ob System dahinter steckt oder nicht. Am Ausschussbüro lag es definitiv nicht. Deshalb vielen Dank dafür.

Ich möchte mit dem Finanzausgleichsgesetz beginnen. Dazu möchte ich sagen, dass wir auf jeden Fall hinter dieser Steigerung von 5,8 % stehen, sodass es jetzt insgesamt 11,2 Milliarden Euro sind. Das betrifft insbesondere die Hochbaumaßnahmen. Wenn ich mir das allerdings genau anschau, dann frage ich mich, ob das wirklich reicht. Wenn ich mir die Konzeption ansehe, wie die Kommunen finanziert werden, wenn ich mir die Inflation anschau und sehe, welche neuen Aufgaben dazukommen, dann habe ich da Zweifel.

Als Beispiel möchte ich insbesondere den Anspruch auf Ganztagsbetreuung anführen. Dafür brauchen die Kommunen Personal, dafür brauchen sie Räume. Das ganze soziale Gefüge in den kleineren Kommunen ändert sich. Die Vereine, seien es Musik-, Sport- oder andere Vereine, müssen in irgendeiner Form integriert werden. Darauf müssen sich die Kommunen schon heute vorbereiten. Letzthin hatte ich das Vergnügen, mit Vertretern des Bayerischen Städtetages zu reden. Sie alle müssen schon jetzt anfangen, auch wenn das im Haushalt als solches noch nicht richtig hinterlegt ist.

Wenn ich mir das alles anschau und die Konstruktion, die wir haben, dann komme ich zu dem Schluss, auch diese Steigerung im FAG reicht definitiv nicht. Ich glaube, wir müssen uns wirklich ein neues System überlegen. Das FAG soll einerseits Lücken schließen und einen Ausgleich schaffen und andererseits eine Steuerungsfunktion

haben. Das ist definitiv nicht der Fall. Wir müssen in irgendeiner Form sicherstellen – was Corona auch gezeigt hat –, dass die Kommunen eine verlässliche Finanzierungsbasis haben. Wir werden dem FAG zwar zustimmen, aber eigentlich müsste man, wie ich auch schon in den letzten Haushaltsreden gesagt habe, in irgendeiner Form eine neue Struktur andenken.

Nun zum Einzelplan 13 und zum Haushaltsgesetz. Ich kann eigentlich nur wiederholen, was vorhin insbesondere von SPD und GRÜNEN gesagt worden ist. Was mir in dem ganzen Haushalt fehlt, das ist ein Fokus, eine klare Linie. Wir haben ganz viele Punkte im Haushaltsausschuss diskutiert, die dann weggelegt wurden. Ein paar einzelne möchte ich nun anführen.

Ganz entscheidend ist die fehlende Konsolidierung der Ausgaben. Wir haben zwar nur geringfügige Steigerungen, aber die massiven Steigerungen, die wir von 2021 auf 2022 gehabt haben, die tun uns heute noch weh. Wenn ich das hochrechne, dann frage ich mich, wie das weitergehen soll. Wir greifen jetzt wieder in die Rücklagen. Aktuell sind das 2 Milliarden Euro. Vielleicht mag da noch ein bisschen etwas dazugekommen sein, das weiß ich. Das ist ein Punkt, an dem ich mich frage: Wie soll das letztendlich weitergehen? Wie sollen irgendwelche Herausforderungen finanziert werden? Was ist, wenn die nächste Krise kommt? Es muss noch nicht einmal eine Krise sein, eine größere Herausforderung reicht. Wie soll das finanziert werden? Das ist mir völlig schleierhaft. Natürlich erwarte ich, dass der nächste Haushalt nach der Landtagswahl etwas konsolidierter ist, aber ich befürchte, dass man dann vielleicht auch wieder irgendwelche Wahlversprechen einlösen muss, so wie beim letzten Mal das Familiengeld oder das Pflegegeld. Auch das würde den ganzen Haushalt weiter belasten.

Sie wurden heute schon angesprochen, diese schönen Haushaltsreste, die jetzt bei 9,3 Milliarden Euro liegen. Das heißt, ein Achtel des Gesamthaushalts sind Haushaltsreste. Ein schöner Vergleich: Achtzigmal das Budget des Digitalministeriums haben wir als Haushaltsrest. Das muss man sich einmal vorstellen. Man kann natürlich

sagen, das eine oder andere mag buchhalterisch eine Abgrenzung sein, das meiste ist aber doch Zeichen einer Fehlplanung. Anders kann ich das nicht nennen. Der ORH schreibt dazu: Die Ausgabereste sind in den letzten Jahren um 111 % angestiegen. – Nach Auffassung des ORH deutet diese Entwicklung darauf hin, dass dem Grundsatz der bedarfsgerechten Veranschlagung erneut nicht ausreichend Rechnung getragen wird. Ich glaube, das ist schon eine heftige Aussage.

Bei der Gelegenheit möchte ich auch ansprechen, auch wenn man das in der Öffentlichkeit nur sehr ungern sagen wird, dass wir die wahrscheinlich in der Corona-Zeit entstandene und in der Ukraine-Krise fortgesetzte Methode beenden müssen, wonach alle möglichen Dinge, die irgendwo passieren, abgefangen werden müssen. Das müssen wir uns wieder ein bisschen abgewöhnen. Was wir in den letzten Wochen und Monaten teilweise im Vorgriff auf den Härtefallfonds alles an Forderungen bekommen haben, ist enorm. Ich gönne es den Leuten im Einzelnen, aber so können wir nicht weitermachen. Wir belasten den Haushalt, und zwar den jetzigen ebenso wie den der Zukunft, und wir nehmen den Leuten auch irgendwo die Eigenverantwortung weg. Wir müssen den Mut haben, dass wir an dieser Stelle mit den einzelnen Sonderförderungen wieder zurückgehen.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme zu meinem Lieblingsthema, nämlich den Förderprogrammen. In der letzten Woche hatten wir dazu schon einen Gesetzentwurf vorgelegt. Deshalb will ich hier gar nichts weiter dazu ausführen. Ich bin aber nach wie vor der Meinung, dass da viel zu viel drinsteht. Auch ein Teil der Haushaltsreste mag da drinstehen. Wir müssen künftig viel stärker darauf achten, dass man die Gelder effizient einsetzt. Jedes Unternehmen, das so arbeitet, geht den Bach runter. An manchen Stellen weiß keiner so genau, welche Mittel ausgegeben werden, wohin sie laufen und ob sie effizient genutzt werden. Natürlich will man niemandem auf die Füße steigen und ein Förderprogramm zusammenstreichen. Das ist immer schwierig. Aber letzten Endes müssen wir das machen. Ich habe heute Morgen bestätigt bekommen, dass es tatsächlich so eine Förderplatt-

form geben soll. Wenn das stimmt, dann ist schon einmal ein Teil erreicht. Aber die Disziplin und die Messung, ob die Förderziele erreicht werden, haben wir damit noch nicht.

Der nächste Punkt ist ein Posten, der letzten Endes nicht im Haushalt enthalten ist, aber umso schwieriger ist das Thema. Ich spreche von den Pensionslasten, die auf uns zukommen werden. Wir haben das schöne Verfahren, immer 110 Millionen zuzuführen, aber das reicht kaum für die neuen Stellen, geschweige denn für die Pensionslasten, die wir vor uns haben. Jedes Unternehmen muss eine Rückstellung bilden. Wir nicht. Wir arbeiten hier wirklich noch nach dem Generationenprinzip. Das ist mein Eindruck. Wir arbeiten mit dem Generationenvertrag: Die Zukunft wird es dann schon bezahlen. Das funktioniert vor allem dann nicht, wenn es einen dauernden Stellenzuwachs gibt. Bei den impliziten Schulden, die sich im hohen einstelligen Milliardenbereich bewegen – es ist immer schwierig, die genaue Höhe herauszufinden –, müssen wir etwas tun. Die werden uns sonst irgendwann auf die Füße fallen – vielleicht nicht mehr uns, aber mit Sicherheit unseren Nachkommen.

Mein letzter Punkt bezieht sich auf die Fraktionsreserve. Sie ist heute Morgen schon ein paarmal angesprochen worden. Das ist der Titel im Haushalt, der den Prinzipien von Effizienz, Nachhaltigkeit und Transparenz wirklich am meisten widerspricht. Die Fraktionsreserve ist von ehemals 30 Millionen auf 60 Millionen verdoppelt worden. Jetzt beträgt sie 70 Millionen Euro. Ich möchte es nicht noch einmal wiederholen, aber es sind einfach Wahlgeschenke gemacht worden.

Ich habe nachgeschaut, nachdem ich zahlreiche Vorwürfe bekommen habe, was die FDP damals gemacht hat. Die FDP hat die Fraktionsreserve auch genutzt, aber für ganz andere Zwecke: Damals ist tatsächlich nicht die Kirchenglocke gesponsert worden, sondern man hat bestimmte Infrastrukturprojekte, die wichtig waren, im Haushalt unterstützt. Man hat keine Einzelprojekte unterstützt. Jetzt stehen dahinter etwa 150 Einzelprojekte. Das ist ein ganz großer Unterschied. Der Posten heißt "Verstärkungsmaßnahmen für Investitionen". Wenn die Mittel genau dafür eingesetzt werden

und nicht für Sonderprojekte im Wahlkreis einzelner Abgeordneter, dann macht es Sinn. So viel dazu. Zum Thema "Sonstige Einzelmaßnahmen" und wie wir strukturell tatsächlich in die Zukunft blicken, soll der Kollege Pschierer etwas sagen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Ich rufe als nächsten Redner Herrn Hans Herold für die CSU-Fraktion auf. Da ist er. Bitte schön.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrter Herr Finanzminister Albert Füracker, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich eine persönliche Bemerkung machen: Die Arbeit im Haushaltsausschuss war bisher eigentlich über alle Fraktionen hinweg von Sachlichkeit geprägt, auch die mit Ihnen, liebe Frau Köhler. Sehr geehrte Frau Köhler, ganz ehrlich, es fällt mir nicht ganz leicht, so etwas zu sagen, aber Sie sollten sich für die heutige Rede wirklich schämen.

(Widerspruch der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Sie sollten sich schämen für die Aussagen, die Sie heute gemacht haben. Sie haben nicht über Bayern gesprochen. Sie haben möglicherweise die Reden verwechselt. Liebe Frau Köhler, Sie haben nämlich über die Bundeshauptstadt Berlin gesprochen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Da Sie sehr unqualifiziert über unsere schöne Heimat Bayern gesprochen haben, sage ich Ihnen ganz ehrlich: Schämen Sie sich auch für die Bundespolitik, die momentan von Ihrer Partei in Berlin gemacht wird.

(Beifall bei der CSU)

Ihre Schulden und die sogenannten Sondervermögen gehen zulasten der jungen Generation.

Aber es geht jetzt um den kommunalen Finanzausgleich: Nachdem die meisten von uns kommunale Mandate haben, ist das FAG für uns ganz wichtig. Ein großer Schwerpunkt des bayerischen Haushalts ist die Unterstützung unserer Kommunen. Meine Vorredner haben es heute schon gesagt: Von den 71,2 Milliarden Euro fließen immerhin über 28 %, das bedeutet über 20 Milliarden Euro, zu unseren Kommunen. Das ist gut so. Das ist ein Rekordwert. Allein der kommunale Finanzausgleich umfasst 11,16 Milliarden Euro. Das ist ein Plus von 607 Millionen Euro, eine Steigerung von 5,8 % gegenüber dem Haushalt im Jahr 2022. Damit Ihnen die Dimensionen klarer werden, möchte ich Folgendes erwähnen: Wir geben 20 % an unsere Kommunen, allein 14 % gehen in den Länderfinanzausgleich. Allein Berlin bekommt ungefähr 3 Milliarden Euro. Das sollte man auch wissen.

Zur Lage der Kommunen im Freistaat sage ich ganz selbstbewusst: Trotz der Krise geht es unseren bayerischen Kommunen, zumindest den meisten, finanziell nicht schlecht und sogar gut. Die Verschuldung der Kommunen ist niedrig. Sie nehmen kaum Kassenkredite in Anspruch. Während die Verschuldung mit Kassenkrediten im Saarland – nur als Information zum Vergleich – bei 1.950 Euro pro Einwohner liegt, liegt sie in Bayern bei 13 Euro pro Einwohner. 85 % der Kassenkredite gehen an Kommunen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland.

Nun komme ich zur Investitionsquote: Bei der Investitionsquote liegen die bayerischen Städte und Gemeinden mit 23,5 % im Ländervergleich mit Abstand – ich betone: mit Abstand – vorne, und das seit vielen Jahren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die durchschnittliche Investitionsquote der Kommunen in den westdeutschen Flächenländern liegt bei "nur" 16,1 %, in Bayern sind es 23,5 %. Hieran sieht man sehr deutlich den Unterschied zu einer guten und sehr wirtschaftsfreundlichen Politik.

Die Schlüsselzuweisungen sind ganz wichtig für unsere Kommunen. Sie sind der bedeutendste Teil unseres kommunalen Finanzausgleichs und machen über 38 % des

Gesamtvolumens aus. Nach einem leichten Anstieg im letzten Jahr steigen sie dieses Jahr deutlich um 6,7 % auf immerhin 4,27 Milliarden Euro.

Abschließend möchte ich noch ein paar Worte zu den Investitionen sagen. Darauf bin ich sehr stolz, auch als Vertreter des ländlichen Raumes. Ich möchte ein paar Worte zu den RZWas sagen. Wir erhöhen weiterhin die Mittel für die RZWas. Die Mittel zur Förderung von Wasser- und Abwasseranlagen wurden in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht. Dieses Jahr stehen ungefähr 165 Millionen Euro zur Verfügung. Sie alle wissen, dass es sich hierbei um kostendeckende Einrichtungen handelt. Das ist ein ganz wichtiger Beitrag zur finanziellen Entlastung unserer Bürgerinnen und Bürger.

Die Kollegen Pohl und Zellmeier haben die Krankenhausfinanzierung angesprochen. Das ist logischerweise auch ein ganz wichtiges Thema. Ich sehe mit großer Sorge die Diskussionen und Vorschläge, die von Minister Dr. Karl Lauterbach aus dem Bundesgesundheitsministerium kommen. Diese bedeuten eine sehr starke Schwächung des ländlichen Raumes. Deswegen bin ich sehr froh darüber, dass wir die Krankenhausfinanzierung im Jahr 2023 auf hohem Niveau in Höhe von 640 Millionen Euro fortführen.

(Beifall bei der CSU)

Im FAG ist auch der Bereich der Straßenausbaupauschalen wichtig. Hier stehen einmalig 30 Millionen Euro mehr an Mitteln für das Ministerium zur Verfügung. Insgesamt stehen also 115 Millionen Euro zur Verfügung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Investitionspauschalen bleiben auf dem hohen Niveau von 446 Millionen Euro. Das ist so wichtig, weil die Kommunen darüber frei verfügen können. Die Mittel für den kommunalen Hochbau nach Artikel 10 FAG liegen bei einer Milliarde Euro. Damit verstetigen wir das letztjährige Investitionsprogramm, das uns erstmals über die Milliardenschwelle gebracht hat. Damit wird natürlich auch – das ist für unsere Kommunen ganz wichtig – der Bau von Schulen und Kitas gefördert. Ich denke, damit stärken wir auch die Liquidität unserer Kommunen, schieben

immer wieder auch ganz wichtige investive Maßnahmen an, zum Beispiel in Schulen und Kitas, und leisten natürlich auch einen erheblichen Beitrag zur Stärkung der Baukonjunktur und auch zur Bewältigung der Krisen, die wir haben bzw. hatten.

Abschließend nenne ich noch ganz kurz ein paar weitere Leistungen, die auch im FAG verankert sind: nämlich die Zuweisungen für die Schülerbeförderung. Sie bleiben bei 323 Millionen Euro. Dieser Ansatz reicht Gott sei Dank aus, um die Zuweisungen bei 60 % der Kosten der notwendigen Schülerbeförderung zu halten. Abschließend weise ich auf die Zuweisungen an die Bezirke hin; sie sind heute auch schon erwähnt worden. Diese Zuweisungen sehen eine Summe von über 700 Millionen Euro vor.

Eine weitere Änderung im FAG stärkt den Radverkehr. Das ist ganz wichtig, gerade auch für den ländlichen Raum. Wir ermöglichen künftig eine Förderung des Ausbaus von Feld- und Waldwegen zu Radwegen. Das reduziert den Flächenverbrauch und senkt die Kosten – eine sehr sinnvolle und auch pragmatische Änderung.

So viel in aller Kürze von meiner Seite zum FAG. Ich gehe mal davon aus, dass der Kollege Hofmann davon auch noch einige Punkte ansprechen wird. Ich bedanke mich auch noch mal ganz herzlich für die wirklich sehr gute Zusammenarbeit, auch mit Frau Köhler, im Haushaltsausschuss. Ich wünsche der heutigen Sitzung einen guten Verlauf und bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Tim Pargent, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte, Herr Pargent.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es sind ja einige interessante Thesen gekommen; zum Beispiel von Herrn Pohl, der meinte, dass wir in Bayern die wahrscheinlich ehrlichsten Steuerzahler im Land hätten.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Das ist eine These. Ich kann mal zumindest so viel sagen:

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Jetzt kommt die Antithese!)

– Nein, das ist keine Antithese. Aber zumindest könnte ich Ihnen mit der Personalausstattung in unseren bayerischen Finanzämtern nicht das Gegenteil beweisen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Auch wenn Sie es gerne möchten!)

Das können wir schon mal festhalten. Aber ich will meine Redezeit jetzt nicht auf die spannenden Thesen der Vorredner verwenden, sondern etwas zu den Kommunalfinanzien sagen. Denn die Erzählung, die ich aus der einen oder anderen Vorrede rausgehört habe – ob es bei dem Kollegen Herold oder auch bei den FREIEN WÄHLERN war –, besagt, dass bei den Finanzen unserer Kommunen alles super ist, weil der kommunale Finanzausgleich nominell relativ gut steigt. Das ist aber ein recht undifferenziertes Bild, was ich feststelle, wenn ich mich bei uns im Land, auch in unseren Kommunen, umsehe.

Erstens, weil sich bei unseren Bezirken, bei unserer dritten kommunalen Ebene, ehrlicherweise gar nichts tut. Da heißt es dann so schön zum kommunalen Finanzausgleich: Er "wird auf hohem Niveau fortgeführt". Das ist die schöne Umschreibung für: "In diesem Jahr gibt es nichts." Ich empfinde das als implizite Aufforderung auch an die Bezirke, ihre Umlagen gegebenenfalls zu erhöhen, denn die Ausgaben werden in dem Bereich ja keineswegs niedriger.

Zweitens gibt es zwischen unseren Kommunen große, massive finanzielle Unterschiede. Manche Kommunen haben zum Beispiel bei der Gewerbesteuer, der wichtigsten Einnahmequelle, zehnmal höhere Einnahmen pro Kopf als andere Kommunen.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Da frage ich mich: Haben die andere Aufgaben? Haben die plötzlich weniger Aufgaben? Haben die keine Schulen, keine Kitas, keine Feuerwehr, keinen ÖPNV, keine Straßen? Klar, wir gleichen über den kommunalen Finanzausgleich etwas davon aus.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Wir versuchen, die Symptome mit Stabi-Hilfen zu beheben. Aber ganz ehrlich: Es macht keine Freude, wenn man in der Stabi ist. Ich glaube, wir haben innerhalb der Steuererhebung unter den Kommunen ein massives Verteilungsproblem, an dem wir rundoktern, bei dem wir uns aber nicht an die Wurzeln trauen. Wir müssen – ehrlicherweise: der Bund muss – irgendwann mal an die Gewerbesteuer ran. Denn mal von Steuerdumping und Flächenfraß abgesehen, ist die Gewerbesteuer kein adäquates Finanzierungsinstrument für die konstanten Finanzierungsaufgaben unserer Kommunen. Solange es sie gibt, müssen wir zumindest die Auswüchse hier auch im FAG stärker flankieren und ausgleichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das dritte Thema ist das riesige Bürokratiemonster, das wir mittlerweile in unseren Rathäusern aufgebaut haben.

(Zuruf von der CSU)

Der Kollege Becher hat die kommunalen Förderprogramme des Freistaats abgefragt. Das Ergebnis habe ich hier. Ich kann es Ihnen gerne geben: eine 13-seitige Liste mit 162 Förderprogrammen nur des Landes, nur für Kommunen. Dieses Land hat 162 Förderprogramme und Fördermöglichkeiten, hier in dieser Auflistung. Das sind nicht die Förderrichtlinien. An den meisten hängt ja noch mal eine Förderrichtlinie dran. Der Spitzenreiter ist übrigens das Bauministerium mit stolzen 33 Förderprogrammen.

Ich sage mal: 162 Programme, nur vom Land; die vom Bund und von der EU kommen ja alle noch dazu. Jetzt denkt man über Förderlotsen nach, damit die Mittel abfließen

können. Mitten in einem riesigen Fachkräftemangel muss alles verwaltet, beantragt, geprüft, ausgezahlt, noch mal geprüft, hinterher kontrolliert werden usw., und das alles mit Verwaltungskräften. Das ist ein Riesenaufwand, um Steuergelder von der einen staatlichen Ebene zur anderen staatlichen Ebene zu bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir verwalten uns da in den Rathäusern auch zu Tode. Wenn ich einen Wunsch auch für die nächste Legislatur, auch wirklich fraktionsübergreifend, äußern darf, sage ich: Da müssen wir besser werden.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Sebastian Körber (FDP))

Wenn ich das also zusammenfassen darf, auch mit Blick auf unsere Kommunen: Wir haben da ein großes Verteilungsproblem, wir haben auch ein großes Bürokratieproblem. Wenn wir das in der nächsten Legislatur substanziell angehen könnten, wären uns die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in vielen Kommunen dankbar; denn sonst gehen sie am Ende mit den Leitz-Ordnern in der Hand in diesem Bürokratie-dschungel noch unter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben eine Zwischenbemerkung von Albert Duin. Bitte.

Albert Duin (FDP): Lieber Kollege Pargent, erstens höre ich mal wieder raus, dass Sie tatsächlich glauben und eigentlich alle Unternehmer pauschal beschuldigen, dass es viele Steuerbetrüger gibt. Da fühle ich mich persönlich angegriffen. Ich zahle brav meine Steuern, und das tun alle Unternehmen, die im normalen System arbeiten, weil sie gar nicht anders können. Das ist also eine Gemeinheit. Dieses Misstrauen ist furchtbar.

Das Zweite ist: Vielleicht haben Sie mit der Gewerbesteuer ja recht, dass die Kommunen unterschiedliche Einnahmen zu unterschiedlichen Tagen haben usw. Aber es ist natürlich auch der Klugheit der Kommunen zuzuordnen, dass sie, wenn sie vernünfti-

ge Gewerbe ansiedeln, einen Wettbewerb untereinander haben. Das finde ich gar nicht so schlecht. Wir werden irgendwann ein anderes System finden müssen, aber ich finde es eigentlich okay, wenn eine Kommune es geschickt anstellt, ein Gewerbegebiet hat und sich Unternehmen ansiedeln, die dann viel Gewerbesteuer zahlen. Das ist doch eine tolle Sache. Dann kann diese Kommune sich auch etwas leisten.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Herr Pargent.

Tim Pargent (GRÜNE): Ich sage es mal so: Ich glaube, der Denkfehler bei der Gewerbesteuer ist, dass wir die Kommunen als öffentliche Hand auch in eine Art Wettbewerbssituation, wie Sie sagen, bringen wollen, die man eigentlich für die Privatwirtschaft haben will, obwohl die öffentliche Hand im Kern das Gegenstück zur Marktwirtschaft ist und insbesondere über die Steuereinnahmen Dinge leisten soll, die der Markt nicht leisten kann.

Nehmen wir ein Beispiel: Den freien Markt kann ein Teilnehmer verlassen, wenn er nicht mehr rentabel ist. Er meldet Insolvenz an usw. usf. Welche Kommune kann denn Insolvenz anmelden, kann denn den Markt wirklich verlassen, wenn sie sozusagen keine Chance mehr hat? – Da merken Sie, dass es ein Denkfehler ist, wenn wir die reine marktwirtschaftliche Logik auf die öffentliche Hand, auf unsere Kommunen, eins zu eins übertragen, wie wir das im Gewerbesteuerwettbewerb machen.

Von daher kann ich nur dazu raten, auch im Sinne des Bürokratieabbaus und übrigens auch der Vereinfachung bei der Unternehmensbesteuerung – ich glaube, wir sind eines der wenigen Länder der Welt, die sich drei Unternehmensteuern leisten –, das Thema mal anzugehen und vernünftig zu lösen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Florian Ritter, SPD-Fraktion.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Was wäre Bayern ohne die Kommunen? – Wir haben es ein paar Mal gehört: Die Kommu-

nen spielen eine ausgesprochen zentrale Rolle bei der Gestaltung unseres Gemeinwesens. Mit ihren Pflichtaufgaben erfüllen sie sozusagen die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Grundsätze unserer Verfassung. Mit der großen Bandbreite an freiwilligen Aufgaben, die sie wahrnehmen, insbesondere im Bereich des Sozialen, in der Förderung des Ehrenamts, im Sport, in der Kultur, tragen sie maßgeblich zur Gestaltung des Gemeinwesens bei.

Das, worüber wir uns heute unterhalten, Kolleginnen und Kollegen, nämlich das Finanzausgleichsgesetz, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Das Geld wurde von den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen in den Kommunen erwirtschaftet. Es steht den Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu. Es ist weder eine milde Gabe noch ein besonderes Verdienst der Staatsregierung, dass sie das bezahlt bekommen, was ihnen nach der Verfassung zusteht.

(Beifall bei der SPD)

Im Finanzausgleichsgesetz spiegelt sich lediglich die Rechtslage wider. Man muss den Kommunen geben, was der Kommunen ist. Deshalb werden wir dem Finanzausgleichsgesetz auch zustimmen. Aber es lohnt sich schon, zu fragen, Kolleginnen und Kollegen, ob die Ausstattung und die Finanzierung der Kommunen nicht nur dem Status quo, sondern wirklich den Aufgaben gerecht wird, die nicht nur der Freistaat, sondern auch die Städte und Gemeinden erfüllen müssen, um die soziale, die wirtschaftliche und die ökologische Zukunft des Freistaats zu sichern.

Wir kennen die Themen, wir diskutieren sie lange genug: Das ist die Versorgung der Menschen in Bayern mit bezahlbaren Wohnungen. Angemessener und bezahlbarer Wohnraum ist nicht nur in den Ballungsräumen ein Luxusgut geworden. Es geht um den Umbau der Energieversorgung hin zu CO₂-neutralen Energieträgern. Das ganze Land hinkt den Erfordernissen hinterher und wird keinem einzigen der Klimaziele gerecht, die sich die Staatsregierung selber gesteckt hat.

(Beifall bei der SPD)

Dass die Weiterentwicklung des Industriestandorts Bayern zum CO₂-neutralen Standort mit dem Erhalt dieser Arbeitsplätze nicht vorankommt, liegt nicht an der Industrie, Kolleginnen und Kollegen, sondern an den fehlenden Voraussetzungen. Weitere Themen sind die Sicherstellung der Mobilität und der Verkehrswende in den Ballungszentren und den Flächenregionen, die Digitalisierung der Bildung, die Sicherung einer guten Gesundheitsversorgung in allen Regionen des Freistaats.

Ohne die Kommunen, Kolleginnen und Kollegen, werden wir diese Herausforderungen nicht bestehen können; bei manchen, zum Beispiel dem Bau bezahlbarer Wohnungen oder der klimaneutralen Mobilität und der regionalen Energieversorgung, sind die Kommunen der Schlüssel zu wirksamen Lösungen.

(Beifall bei der SPD)

All diese Themen sind in der politischen Debatte keine Neuigkeit mehr. Über die Wohnungen diskutieren wir seit zehn Jahren. Noch immer spüren wir keine positive Entwicklung auf dem bayerischen Wohnungsmarkt.

Diese zentralen Zukunftsthemen gewinnen tagtäglich an Brisanz für die Bürgerinnen und Bürger und für die Zukunft des Freistaats. All diese Themen, Kolleginnen und Kollegen, gehen deutlich über die Finanzierung des Status quo hinaus. Wenn wir sie nicht erfolgreich bewältigen, wird das verheerende Folgen für die Menschen und die Zukunft unseres Landes haben.

Ist diese Erkenntnis bei der Bayerischen Staatsregierung angekommen? – Der Blick auf den Haushalt und das Finanzausgleichsgesetz gibt die Antwort: Nein, es ist nicht angekommen. Das betrifft nicht nur das Finanzausgleichsgesetz, sondern darüber hinaus muss man an allen Ecken des Haushalts feststellen, dass den Kommunen weder die Mittel noch die Fördermöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden, um diese unstrittig zentralen Herausforderungen bewältigen zu können.

Selbst da, wo die Mittel unstreitig angewachsen sind, langt es hinten und vorne nicht, zu massiv sind die Versäumnisse der Vergangenheit: beim Wohnungsbau, beim Klimaschutz, beim Ausbau der erneuerbaren Energie, beim Ausbau des CO₂-neutralen ÖPNV.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege.

Florian Ritter (SPD): Das ganze Finanzausgleichsgesetz atmet das "Weiter so" der Bayerischen Staatsregierung. Doch so kann man Bayern nicht auf einen Zukunftskurs bringen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den Kollegen Pschierer auf. – Jetzt habe ich mal eine persönliche Frage. Sie sind hier als Franz Josef Pschierer gelistet, was richtig ist. Legen Sie Wert auf beide Vornamen, oder genügt es, wenn man nur Franz sagt?

(Heiterkeit)

Franz Josef Pschierer (FDP): Herr Präsident, so viel Zeit muss sein.

(Heiterkeit und Beifall)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich werde das vormerken und an meine Kollegin und meine Kollegen weitergeben.

Franz Josef Pschierer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich will – das wird Sie jetzt vielleicht überraschen – durchaus mit einem Lob beginnen, und zwar mit einem Lob für den Finanzminister. Verglichen mit den anderen Länderhaushalten, Herr Minister, kann man diesen bayerischen Staatshaushalt durchaus als solide finanziert bezeichnen, auch wenn es ein deutlicher Griff in die Rücklagen ist.

Wir werden vielleicht in den nächsten Jahren Zeiten erleben, in denen wir uns wehmütig an diese Debatte heute erinnern.

(Zuruf des Staatsministers Albert Füracker)

Ich danke dem Minister auch deshalb, weil ich mir vorstellen kann, dass es gar nicht so einfach war, manchen zusätzlichen Ausgabenwunsch der Staatskanzlei und Stellenanforderungen der Ressorts abzuwehren. – So viel zum Lob.

Meine Damen und Herren, ich habe in diesen drei Tagen bei dieser Debatte ein bisschen Sehnsucht – nicht Sehnsucht nach der physischen Anwesenheit des Ministerpräsidenten, wobei sie durchaus angebracht gewesen wäre – nach Edmund Stoiber; das wird jetzt die Fakultät hier überraschen. Jeder Haushalt bei Edmund Stoiber hatte einen Nukleus, hatte einen Fokus. Ich erinnere an "Offensive Zukunft Bayern", an "Hightech Offensive", das Ziel, ein modernes, zukunftsorientiertes Bayern zu schaffen.

(Tobias Reiß (CSU): Hat er das mit der Hightech Agenda nicht?)

– Entschuldigung, das ist Gießkanne, und zu dem Thema komme ich gleich.

(Beifall bei der FDP)

Bayern war immer federführend, was Innovationen und Technologieförderung angeht.

(Tobias Reiß (CSU): Du warst ja viel mit der Gießkanne unterwegs!)

– Herr Reiß, denken Sie doch erst einmal nach! Erst denken, dann reden, Herr Reiß, auch wenn's schwerfällt.

(Beifall bei der FDP – Tobias Reiß (CSU): Mr. Gießkanne!)

Wir haben 19 digitale Gründerzentren an 28 Standorten, zusätzlich 40 allgemeine und technologieorientierte Gründerzentren.

(Zurufe der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Ihr Ministerpräsident hat inzwischen Gründerzentren an Orten errichtet, von denen ich gar nicht wusste, dass es diese Orte auf der Landkarte überhaupt gibt, liebe Freunde. Das ist Masse und nicht Klasse. Wir brauchen aber Klasse und nicht die Masse.

(Beifall bei der FDP – Tobias Reiß (CSU): Wir haben das ganze Land im Blick!)

Wir brauchen Sichtbarkeit, wir brauchen internationale Sichtbarkeit der Innovations- und Technologieförderung.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Haben wir doch längst!)

Dann noch etwas: Helfen Sie den jungen Menschen, den Start-ups in diesem Lande, die bereitwillig Unternehmen gründen wollen, indem Sie sich durch diesen Förderdschungel mal durcharbeiten.

Ich habe es eben gehört, was die Kommunen angeht. Ich könnte ausführen, was die Wirtschaftsförderung angeht. Von der regionalen Wirtschaftsförderung angefangen bis zur Technologieförderung, schaffen Sie hier Transparenz! Da blickt keiner mehr durch, meine Damen und Herren. Das ist Gießkannenpolitik und Symbolpolitik, und die braucht der Freistaat Bayern nicht, liebe Freunde.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiterer Punkt: Konzentrieren Sie sich wieder mal auf moderne Zukunftstechnologien! Bayern ist groß geworden durch Automotive, IuK und vieles andere. Das Thema Automotive – das weiß in diesem Saal jeder – wird, ob wir das wollen oder nicht, in den nächsten Jahren diese Rolle für den Freistaat nicht mehr spielen, die es früher gespielt hat.

(Tobias Reiß (CSU): Das liegt aber an der Bundesregierung! Du musst bei Wis-sing fragen!)

Umso wichtiger sind neue Schlüsseltechnologien, in die wir investieren. Das ist Luft- und Raumfahrt, das ist Biotechnologie, das sind Medizintechnik und vieles andere.

(Tobias Reiß (CSU): Machen wir!)

– Herr Reiß, Sie machen das auf dem Papier. Das ist Geschwätz, was Sie machen, mehr nicht. Das ist leeres Geschwätz ohne Inhalte.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Der letzte Punkt – dafür kann die Bayerische Staatsregierung nichts –: Die Welt hat sich geändert, liebe Freunde. Wir haben uns den Ukraine-Konflikt nicht ausgesucht, wir haben uns die Pandemie nicht ausgesucht und vieles andere auch nicht. Ich fasse mich hier auch an die eigene Brust: Ich habe auch zu denen gehört, die geglaubt haben, das Heil der Exportwirtschaft liege in China und in Russland. Ich habe selbst die dritte Repräsentanz des Freistaates Bayern in China eröffnet. Die Welt hat sich jedoch verändert, liebe Freunde. Wir müssen alles tun, um die bayerische Außenwirtschaft neu aufzustellen und um unseren mittelständischen Betrieben neue Märkte zu ermöglichen. Ob dies in Südamerika ist, ob dies die Nachfolgestaaten der Sowjetunion sind, ob dies Skandinavien ist, ob dies der Balkan ist oder ob dies der oft vergessene Kontinent Afrika ist: Diese bayerische Außenwirtschaftspolitik, gegründet von Otto Wiesheu, der hier große Verdienste erworben hat, war erfolgreich, aber wir müssen sie angesichts der internationalen Herausforderungen, die wir haben, neu aufstellen. Deshalb lautet meine Bitte, bei künftigen Haushaltsberatungen wieder darauf zu achten, dass ein Haushalt auch sichtbare Elemente und einen Fokus hat.

(Tobias Reiß (CSU): Sie schauen bloß in den Rückspiegel!)

Das kann ein Haushalt sein, der stark sozialpolitisch orientiert ist.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Franz Josef Pschierer (FDP): Das kann ein Haushalt sein, der kulturpolitische Akzente setzt. Ich hätte mir gewünscht, dass er stärker wirtschaftspolitische Akzente setzt und Bayern fit macht für die Zukunft, was eine moderne, –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege Pschierer.

Franz Josef Pschierer (FDP): – zielgerichtete Technologie- und Informationspolitik ausmacht.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Michael Hofmann von der CSU-Fraktion auf.

(Tobias Reiß (CSU): Jetzt wird es wieder besser! Endlich wieder Fakten!)

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Pschierer, ein derart oberflächliches, egozentrisches Gequatsche habe ich in den letzten Tagen selten erlebt!

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dann auch noch unter Nennung all der CSU-Granden unbedingt zu hoffen, dass von den Namen ein bisschen Abglanz auf die Historie eines Franz Josef Pschierer abfällt! Entschuldigen Sie, Herr Kollege, das ist peinlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Franz Josef Pschierer (FDP) – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Dann auch noch zugeben, dass man sich im Freistaat Bayern nicht auskennt!

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Geht's noch, Herr Kollege Fischbach? – Also, wenn mich ein Landtagskollege gegen meinen Willen als Freund bezeichnet, erlaube ich mir natürlich auch solche Bemerkungen. Es ist eine absolute Bankrotterklärung, lieber Kollege Pschierer, wenn Sie in dem Zusammenhang zugeben, dass Sie den Freistaat Bayern nicht kennen, während wir entsprechende Informations- und Hochschultechnologie voranbringen, auch wenn es

Ihnen nicht gefällt. Bankrotterklärung! Gut, dass Sie dort sitzen, wo Sie jetzt sitzen, Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tobias Reiß (CSU): Lange sitzt er da nicht mehr!)

Wir sollten uns jetzt wieder wichtigeren Punkten zuwenden. Dieser Haushalt, zu dem wir uns jetzt in den Endberatungen befinden, kann sich absolut sehen lassen. Ich habe es heute schon einmal gesagt. Wir haben mit 71 Milliarden Euro noch einmal einen deutlichen Aufschlag geschafft. Wir können auch sagen, dass wir es in wirtschaftlich schwierigen Zeiten geschafft haben, keine Nettoneuverschuldung zu generieren. Das müssen uns andere Länder erst einmal nachmachen! Wir sind durch die Hightech Agenda in der Lage, auch noch einmal wichtige Impulse für die Zukunft zu setzen, weil wir die Zukunft gewinnen wollen. Mehr als jeder dritte Euro dieses Haushaltes fließt in Wissenschaft, Bildung und Kultus! Auch insoweit kann man sich sehen lassen. Wie Herr Kollege Hans Herold richtigerweise verdeutlicht hat, gehen über 20 Milliarden Euro an unsere Kommunen, weil wir sehr genau wissen, was wir an ihnen haben. Deswegen stelle ich fest, dieser Haushalt, lieber Finanzminister, ist ein sehr guter Haushalt. Diesem kann man guten Gewissens zustimmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Pargent, einen interessanten Punkt haben Sie tatsächlich gesetzt, nämlich die Frage des Förderwesens für die Kommunen. Darüber sollten wir uns in Zukunft einmal Gedanken machen, insbesondere was Kommunen anbetrifft, die eine kleinere Einheit darstellen und vielleicht auch aufgrund ihrer Personalausstattung nicht in der Lage sind, schwierige Förderprogramme abzubilden. Ich glaube, das ist ein guter Gedanke, den wir auch schon das eine oder andere Mal gehabt haben. Die Frage ist, nach welchen Kennkriterien wir das vollziehen. Einen Punkt will ich an der Stelle aber korrigieren, Herr Kollege: Sie gehen in diesem Zusammenhang darauf ein, dass Investitionsförderprogramme für Schulen kleinen Kommunen nicht zugutekämen.

Da muss man Ihnen widersprechen. Entschuldigung, das ist Quatsch; denn entweder durch Schulverbandsumlage, Kreisumlage oder andere Maßnahmen profitieren sehr wohl auch die kleinen Gemeinden, auch wenn sie selbst den Antrag nicht stellen müssen.

Jetzt ein letzter Punkt, der mir wichtig ist: Auch in diesem Haushaltsjahr waren wir gezwungen, Anträge abzulehnen, die wir eigentlich gerne umgesetzt hätten, wenn wir das nötige Geld gehabt hätten. Herr Kollege Güller, Sie werden sich nicht wundern, ich glaube sogar, Sie wären enttäuscht, wenn ich dieses Thema nicht ansprechen würde: Wir müssen in diesem Zusammenhang tatsächlich über den Länderfinanzausgleich sprechen; denn dass wir in den letzten sechs Jahren 46 Milliarden Euro und in den letzten sieben Jahren 50 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich gezahlt haben und seit 1972 gerade einmal 25 Milliarden Euro erhalten haben und trotzdem beispielsweise viel in Krankenhäuser investieren mussten, ist ein Problem.

Ich sage einmal Folgendes, Herr Kollege Güller: Es ist in Ordnung, wenn man als Opposition Kritik übt, aber mich würde einmal interessieren, wie Sie eigentlich mit den Menschen, den Genossinnen und Genossen in Ihrer Partei umgehen. Dies gilt im Übrigen genauso für die GRÜNEN, die in den anderen Bundesländern Verantwortung tragen und eigentlich dafür sorgen müssten, dass diese von selbst laufen können und nicht mithilfe des Geldes aus dem Freistaat Bayern. Mich würde interessieren: Gehen Sie mit diesen auch so hart ins Gericht? Sie regieren als SPD in 10 Bundesländern mit. Die GRÜNEN regieren in 12 Bundesländern mit, davon in 8 mehr als sieben Jahre. Sie können sich nicht damit herausreden und behaupten, dass die Tatsache, dass der Freistaat auch dieses Jahr wieder über 9 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich einzahlen muss, nicht in ihrer Verantwortung liegt. Räumen Sie bitte erst einmal in Ihrer Partei auf! Erklären Sie den Menschen in den Bundesländern, in denen Sie Verantwortung tragen, wie man richtig regiert, bevor Sie sich hierhinstellen und erklären, Sie wären eine Premiumopposition. Das sind Sie nicht!

(Zuruf)

Sie können weder dort richtig regieren, wo Sie Verantwortung tragen, noch können Sie dort richtig Opposition sein, wo Sie in der Opposition sind, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein letztes Wort zum Thema Länderfinanzausgleich, weil es mich wurmt, Herr Kollege Güller, wenn Sie sagen: Moment, der wurde doch vom Freistaat unterzeichnet! Ist das ernsthaft Ihr Vorwurf, dass eine Bayerische Staatsregierung unter dem Druck eines ebenfalls ungerechten Länderfinanzausgleichs einem neuen Länderfinanzausgleich zustimmt in der Hoffnung und in dem Glauben, dass die anderen Bundesländer ihre Arbeit tun? Dann wird man enttäuscht und soll, obwohl andere Bundesländer ihre Arbeit nicht erledigen, an diesem Konstrukt festhalten. Die Bundesländer hatten jetzt zweimal die Möglichkeit, sich zu berappeln, sowohl als 2015 der neue Länderfinanzausgleich gemacht worden ist als auch in den letzten sieben Jahren.

Man muss festhalten, Sie können es einfach nicht! Deswegen sage ich Ihnen klipp und klar: Wir sind als Freistaat Bayern nach wie vor solidarisch, aber hätten wir von 9 Milliarden Euro nur 3 Milliarden Euro behalten, hätten wir eine Menge Anträge, angefangen von der Geothermie über die Krankenhaushilfe bis hin zum Gehörlosengeld

(Claudia Köhler (GRÜNE): Hätte, hätte, Fahrradkette!)

oder dem Klassenfahrtenbudget, liebe Frau Kollegin, umsetzen können. Aber der Punkt ist: Dort, wo Sie Verantwortung tragen, regiert das absolute Chaos!

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Wir tragen Verantwortung für Bayern! Das sollten Sie auch machen!)

Sie haben absolut null Wissen, was Finanzen, Wirtschaftsunternehmen und Steuerwesen anbelangt. Deshalb muss man klar sagen: Hier ist eine Klage nötig. Wir wehren uns, weil Ihre Kolleginnen und Kollegen, Ihre Genossinnen und Genossen nicht in der Lage sind, Bundesländer anständig zu führen, sehr geehrte Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und wissen Sie, was mich am meisten enttäuscht?

(Claudia Köhler (GRÜNE): Zum Thema sprechen!)

– Das ist das Thema! Frau Kollegin Köhler, wir sprechen über bayerische Finanzen, aber ich weiß, dass Sie es mit der Wahrheit nicht genau nehmen. Vorhin haben Sie Herrn Kollegen Duin mitgeteilt, Sie wären selbstverständlich für die Ausbildungsförderung gewesen, obwohl Sie nicht einmal wissen, wie in Ihrer eigenen Fraktion abgestimmt worden ist. Sie nehmen es mit der Wahrheit nicht genau, Frau Kollegin Köhler! Deshalb prallt Ihre Kritik komplett an mir ab.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Sie reden viel, nur haben Sie nichts zu sagen!)

Ich sage Ihnen klipp und klar: Wir dürfen und wollen diesen Freistaat Bayern voranbringen,

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Fangen Sie an!)

und es wäre schön, wenn uns die Opposition ab und zu einmal dabei behilflich wäre, und zwar dort, wo Sie wirklich Einfluss haben, nämlich in Ihren Parteien. Aber Sie tun es nicht. Das ist eine glatte Arbeitsverweigerung. Setzen, Sechs! Dieser Haushalt hat die Unterstützung des Bayerischen Landtags verdient.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende!

Michael Hofmann (CSU): Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf: Bravo!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich erteile nun dem Herrn Staatsminister Albert Füracker das Wort. Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe aufmerksam zugehört, was alles an Vorhaltungen, Ideen und Debattenbeiträgen geliefert wurde. Ich habe mich ein bisschen an die Erste Lesung erinnert gefühlt. Da durfte ich das letzte Mal sprechen und den Haushalt einbringen. Bei der Ersten Lesung war es auch etwa so hektisch; denn damals war der ganze Nachmittag von der Diskussion um die zeitgemäße Umsetzung der Härtefallhilfen gezeichnet. Damals haben wir uns hier im Saal – insbesondere die Opposition – den Kopf zerbrochen, wie wir nur über den Winter kommen können. Da war der Vorwurf an den Finanzminister: Das wird ganz schwierig werden, weil der Haushalt so spät kommt.

Als Erstes möchte ich wenigstens mal feststellen dürfen: Wir haben den Winter trotzdem ganz gut überstanden.

(Florian von Brunn (SPD): Tja, wegen der Bundesregierung! – Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

– Herr von Brunn, ich rate Ihnen: zuhören statt "vonbrunnen". Das wäre vielleicht einmal ein Motto, das für Sie gut passen würde.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Der war schlecht!)

Jetzt sagt der ORH diese Woche, dass wir vielleicht gar nicht helfen dürfen. Der ORH fordert, neue Schulden beschleunigt abzubauen. Die GRÜNEN fordern von mir, die Schuldenbremse abzuschaffen. Stimmt, Frau Köhler, Schockstarre könnte man bekommen, wenn man heute Ihre Rede gehört hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die FDP fordert die Rückkehr zu einem ordentlichen Haushalt. Ich frage mich manchmal: Herr Hagen, haben Sie die Handynummer von einem gewissen Herrn Lindner? Rufen Sie den einmal an und erklären Sie dem, er solle zu einem ordentlichen Haus-

halt zurückkehren, bevor Sie ständig mich über einen ordentlichen Haushalt belehren, den wir in Bayern haben.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben keine Schulden aufgenommen, keine Trickereien gemacht, keine Sondervermögen, um die Schuldenbremse zu umgehen. Herr Lindner erklärt in Berlin: Wir haben keinen Notstand und halten uns an die Schuldenbremse. – Er macht 400 Milliarden Kreditermächtigung und erklärt der Bevölkerung, das wäre die eingehaltene Schuldenbremse.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Das sind Dinge, die ich interessanterweise dann in Bayern rückgespiegelt bekomme als Aufforderung, nicht das Gleiche zu tun. Mache ich nicht! Darüber brauchen Sie sich hier keine Sorgen zu machen. Sie brauchen sich um einen guten Haushalt in Bayern wenig Sorgen zu machen. Darum kümmere ich mich schon.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Am Dienstag lese ich dann in den Medien, es gebe Schockstarre, der Haushalt steige nicht um die Inflation. Der Haushalt würde praktisch gar nicht steigen. – Meine Damen und Herren, wenn ich die Haushalte 2022 und 2023 um COVID-Ausgaben bereinige, steigt der Haushalt um 5,5 %. Ich möchte Ihnen eines sagen: 5,5 % Steigerung trotz Inflation kann sich nicht jeder leisten. Der Freistaat Bayern macht das.

Ich habe mich schon gewundert, dass im selben Artikel Politiker dann von mir gefordert haben, ich solle aber kein Geld aus der Rücklage entnehmen. Die ganze Woche Tipps! Die sind wirklich super. Ich werde ständig aufgefordert, einen schlanken Staat zu organisieren und zu entbürokratisieren. Heute nun fordert die SPD mehr Personal, damit der Staat optimal funktioniert.

Meine Damen und Herren, wer mich gut kennt, weiß, ich bin wirklich frei jeglicher Allüren.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

– Na ja, also die große Bühne, die Sie, meine Herrschaften, ständig suchen, um anderemadig zu machen, suche ich jedenfalls nicht. Aber wenn man hier nicht frei von Allüren wäre und angesichts des ganzen Durcheinanders, das einem da die ganze Woche geraten wird, käme man zum Schluss noch auf den Gedanken: Gut, dass es mich gibt!

(Allgemeine Heiterkeit)

– Ja, ein bisschen Spaß müssen Sie schon auch noch verstehen! Wenn Sie das nicht aushalten, dann sind Sie sowieso schwach beieinander. Mein Gott!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Wissen Sie, jetzt haben Sie drei Tage geschimpft, was ich alles für einen Mist mache. Ein bisschen Spaß müssen Sie schon vertragen.

(Florian von Brunn (SPD): Vor allem nach der Rede von Aiwanger!)

– Zuhören statt "vonbrunnen"!

(Florian von Brunn (SPD): Machen statt södern!)

– Zuhören statt "vonbrunnen"! Der beste Zwischenschreier! Der Herr von Brunn hat sogar bei Herrn Güller dazwischengeschrien. Das war interessant. Das war wirklich interessant.

(Allgemeine Heiterkeit)

Deswegen, meine Damen und Herren, kann ich nur eines sagen: Gott sei Dank gibt es uns! Denn all diese Zurufe, die da von allen Seiten kommen, haben nichts daran ge-

ändert: Wir haben einen stabilen Haushalt vorgelegt. Wir machen das nicht alle paar Wochen anders. Wir haben mit diesem Haushalt einen Interessensausgleich par excellence geschafft. Nicht einmal die Opposition ist sich mit dem ORH einig, dass der Haushalt schlecht wäre. Ich habe es dargestellt, die Opposition selbst ist gespalten bei uns. Die kleine bayerische Ampel hat hier geschrien und miteinander gestritten, wie wir es aus Berlin kennen. Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir stabil bleiben. Wir bleiben in Bayern stabil.

Dann werde ich gefragt: Welchen großen Schwerpunkt setzt ihr jetzt in diesem Haushalt? – Ich frage mal, wovor wir vor einem Vierteljahr noch Angst hatten. Da war nicht die Frage: Wo setzt ihr Schwerpunkte? – Vielmehr war die Frage: Wie retten wir unsere Volkswirtschaft angesichts dessen, was da droht?

Natürlich haben wir im Dezember einen Haushalt vorgelegt, der auch wieder Krise bewältigt, der in der Krise investiert, der in der Krisenbewältigung an die Zukunft denkt. All diejenigen, die schon wieder vergessen haben, was in den letzten Monaten passiert ist, sind heute besonders mutig, haben heute schon wieder besonders tolle Ideen für die Zukunft und vergessen dabei vielleicht, dass es auch in diesem Jahr darum gehen wird, das Land stabil zu halten.

Mitnichten ist es nämlich so, dass alle Probleme längst gelöst wären. Der Krieg in der Ukraine ist nicht vorbei. Die Inflation ist noch relativ hoch. Vor Kurzem gab es ein großes Zittern: Kommt wieder eine Bankenkrise in den USA? Früher, als ich ein Kind war, war der Begriff "Schweizer Bank" der Stabilitätsbegriff schlechthin. Dann haben wir eine Woche lang analysiert, wie schwer es uns wieder treffen könnte.

Kaum ist eine Woche vorbei, sagen wir wieder: Wo sind die großen Schwerpunkte der Zukunft? – Wissen Sie was? Ich bin froh, dass wir mit diesem Haushalt dazu beitragen können, dass wir stabil durch diese Krisen kommen. Das ist der Schwerpunkt dieser Zeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen ein stabiler Ein-Jahres-Haushalt. Danke für die ganzen Mühen, die die Haushaltsaufstellung gemacht hat! Tausend Änderungsanträge mussten behandelt werden. Ich danke allen in den Ausschüssen, dem Vorsitzenden Zellmeier, auch der Frau Köhler, auch wenn sie heute sehr geschrien hat. Aber trotzdem bedanke ich mich für die Arbeit im Haushaltsausschuss. Ich bedanke mich aber natürlich auch bei den Fraktionen, die dem Haushalt heute zustimmen werden. Wenn man dann wieder draußen unterwegs ist und es darum geht, was man gefördert hat, stellen sich alle mit aufs Foto, egal ob sie dem Haushalt zugestimmt haben oder nicht. Aber es ist halt immer dasselbe.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

71,2 Milliarden Euro, 16 Einzelpläne, 250 Kapitel, 17.500 Haushaltsstellen – das hat wirklich eine Riesenarbeit gemacht. Deswegen allen Danke, auch den Bediensteten meines Hauses, den Abteilungsleitern, die heute hier sind, und allen, die mithelfen. Diesen Haushalt in der Weise vorlegen zu können, ist ein Meisterwerk.

Meine Damen und Herren, die Schwerpunkte der Energiekrise will ich hier nicht noch einmal aufführen. Aber eines kann ich sagen: Wir haben am 06.11. unsere Härtefallfonds in Beschlusslage gebracht. Wir wären den ganzen Winter in der Lage gewesen, die Härtefallfonds scharfzumachen und auszuzahlen. Nur wenn man eben erst vor vierzehn Tagen oder vier Wochen im Bereich Wirtschaft endlich überhaupt weiß, was der Bund macht, und wenn wir mit unseren subsidiären Härtefallfonds das Ganze gar nicht ergänzen können, weil wir nicht mal wissen, was der Bund macht

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– zuhören statt "vonbrunnen"! –, dann bin ich froh, dass der Rechnungshof uns ermahnt hat, nicht so zu handeln, wie die Opposition es gemacht hätte, die das Geld gleich rausgeschmissen hätte. Der Bayerische Rechnungshof sagt: Ihr dürft Landesgeld nur ausgeben, wenn es dafür nicht sowieso Bundesgeld gibt. – Da haben Sie den

Rechnungshofbericht wahrscheinlich nicht gelesen, sondern Sie "vonbrunnen" hier heute lieber.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Meine Damen und Herren, bleiben Sie korrekt! Wir haben rechtzeitig das getan, was es zu tun gab.

Herr Pargent hat gesagt: Wir haben zu viele Reste. – Herr Pargent, nur so viel zu Unterstützung Ihrer Argumentation: Übertragene Reste im investiven Bereich stehen wieder zur Investition zur Verfügung. Deswegen wird keine Investition gekürzt.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Aber wenn eine Maßnahme nicht fertig geworden ist, dann wird sie halt im nächsten Jahr fertig gebaut. Soll ich da das Geld zurücknehmen?

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Ich bitte, das auch einmal intellektuell wirklich zu durchdringen.

(Beifall und Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir haben einen Investitionshaushalt. 10,3 Milliarden Euro Investitionen, 14,4 % Investitionsquote. Da werde ich aufgefordert, mehr zu investieren! Die Flächenländer West haben in der Regel Investitionsquoten zwischen 8 und 9 %.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Ich will das noch mal sagen. Ich werde oft gefragt: Wie finanzieren das andere? – Sie finanzieren das, indem sie auf Investitionen verzichten. Wir tun das nicht. Wir investieren wieder auf sehr hohem Niveau. Wir investieren auch in die Energie. Frau Köhler hat moniert, wir würden zu wenig für Klima und Energie investieren. Frau Köhler, ich

sage Ihnen ganz ehrlich: Nach dem, was dieser Koalitionsausschuss da in Berlin ausgebrütet hat, bin ich mir nicht sicher, ob die GRÜNEN überhaupt noch darüber reden sollten, dass sie eine Klimaschutzpartei sein könnten. Da bin ich mir nicht einmal sicher.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage das nur all denen, die in der nächsten Zeit Debatten zu bestehen haben. Bundesfinanzminister Lindner wird in den Medien zitiert, dass die genaue Zuordnung der Klimaschutzziele jetzt nicht mehr so sektoral erfolgen kann. Scheinbar wird man beim Verkehr weniger machen als bisher geplant. Als ein Beispiel wurde genannt, dass andere Sektoren das übernehmen könnten. Ich will Ihnen nur sagen: Kommen Sie ja nicht auf die Idee, dass man das, was man beim Verkehr sparen will, den Bauern aufhalst. Das will ich Ihnen nur prophylaktisch einmal sagen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir machen nachhaltige Finanzpolitik. Wir machen jetzt keine Schulden mehr, nachdem wir 2020 bis 2022 zur Bewältigung der COVID-Situation Schulden gemacht haben. Wir haben immer zugesagt: Wir machen nur so viel, wie nötig ist. Von den 20 Milliarden Euro an Kreditermächtigungen, die wir hatten, haben wir bis zum heutigen Tag 10,2 Milliarden Euro eingelöst. Ich habe immer zugesagt, dass wir so schnell wie möglich zum Haushalt ohne Schulden zurückkehren. Hier ist er, der Haushalt ohne Schulden. Meine Damen und Herren, wir haben auch diese Zusage eingehalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wissen Sie: Der Bund sagt, es gebe keinen Notstand und deswegen müsse die Schuldenbremse eingehalten werden. Das führt jetzt praktisch dazu, dass sehr viele Bundesländer und auch der Bund selbst irgendwelche verfassungskonformen Umgehungstatbestände gesucht haben, um die Schuldenbremse einzuhalten. In Berlin nennt man das Sondervermögen. In anderen Ländern nennt man all das, was man da

tut, Innovationsfonds. Hierzu kann ich nur mal den Rechnungshof auf Bundesebene zitieren. Der Rechnungshof hat immer eine hohe Glaubwürdigkeit. Das habe ich schon ein paarmal gehört. Der Bundesrechnungshof warnt – ich zitiere – die Bundesregierung vor einem finanziellen Kontrollverlust. Der Schuldenberg drohe die Tragfähigkeit der Bundesfinanzen ernsthaft zu gefährden. Der Kommentar des Bundesfinanzministers ist offensichtlich: Sie haben trotzdem keine Notlage.

Meine Damen und Herren, was soll man denn eigentlich noch sagen? – Da möchte eine Ampel-Partei im Bayerischen Landtag uns erklären: Wir sollen solide Finanzen in Bayern organisieren. Das ist fast schon ein Hohn, was man sich da anhören muss.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Thomas Huber (CSU): Unglaublich!)

Ja, so ist das. Wir entnehmen auch Geld aus der Rücklage. Oh Gott, da bin ich heute oft aufgefordert worden, das nicht zu tun, kein Geld aus der Rücklage zu nehmen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wann, wenn nicht in Krisenzeiten, soll ich denn Geld aus der Rücklage nehmen? – Jetzt haben wir 3,1 Milliarden Euro. 2 Milliarden Euro davon nehmen wir her, um die Folgen der Ukraine-Krise zu bekämpfen. Gut 1 Milliarde Euro nehmen wir für den allgemeinen Haushalt. Diejenigen, die schon mal Haushaltspolitik gemacht haben, wissen, dass eine Rücklage nicht so was wie ein laufendes Konto, aber vielleicht so was wie ein Tagesgeldkonto ist, bei dem es nicht nur Ab-, sondern auch Zuflüsse geben kann. Der Haushalts- und Rechnungsabschluss 2022 ist noch nicht fertig; es könnte aber schon sein, dass die eine oder andere Milliarde auch mit in die Rücklage fließt. Ich bitte darum, das wenigstens auch einmal zur Kenntnis zu nehmen, bevor man hier den offensichtlich vollkommen uninformierten Leuten sagt: Wir plündern die Rücklage.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Natürlich wäre es mir lieber, die Rücklage würde steigen. Mir wäre es auch lieber, wir hätten keine Krise mehr. Meine Damen und Herren, mir wäre es lieber, Putin hätte die Ukraine nicht überfallen. Das wäre mir viel lieber.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden auch die Rücklage nicht ausplündern. Wir haben uns auch in den Resorts wieder beschränkt. Mit über 400 Millionen Euro gibt es natürlich die Haushaltssperre, die ganz planmäßig auch in diesem Jahr eingehalten wird, sowie den Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 700 Millionen Euro. Dazu bin ich immer gefragt worden: Wo spart ihr denn? – Jetzt haben wir im dritten Jahr einen Konsolidierungsbeitrag in nämlicher Höhe. Insgesamt haben wir jetzt durch den Konsolidierungsbeitrag, für den ich immer belächelt worden bin, schon fast 2 Milliarden Euro in drei Jahren eingespart. Man fragte mich, wie damit gespart werden solle. Sparen kann man auch intelligent, und nicht nur, indem man sich hier drinnen lange darüber unterhält: Welches Förderprogramm streichen wir? – Wenn die bayerische Opposition will, dass wir viele der Förderprogramme streichen, bitte ich darum, mir schriftlich mitzuteilen, welche. Ich kann dann gerne mit Ihnen und den Betroffenen in die Diskussion eintreten, ob es wirklich zu viele Förderprogramme sind. Ich habe damit kein Problem. Sagen Sie einfach Bescheid!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, bayerische Haushaltspolitik ist im wahrsten Sinne des Wortes ausgezeichnet. Wir haben trotz unserer Hilfen die nachhaltigste Finanzpolitik und die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung in ganz Deutschland. Die Zinsausgabenquote liegt bei 0,9 %. Wir sind nicht deshalb ausgezeichnet, weil es der Bayerische Finanzminister sagt, sondern weil Standard & Poor's und Moody's es im internationalen Vergleich sagen. Wir werden gerankt. Staaten werden, wie Firmen auch, gerankt. Meine Damen und Herren, niemand kann ein besseres Ranking erzielen als der Freistaat

Bayern, weil wir das beste Ranking haben, das es gibt. Darüber muss man sich doch mal freuen dürfen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schon fast skurril ist, dass man sich darüber nicht freut, sondern immer auch noch verteidigt, dass wir deswegen, weil wir so gut sind, gefälligst so lange zu zahlen haben, bis ich dem bayerischen Steuerzahler nicht mehr erklären kann, warum er eigentlich zahlen muss. Da kommt dann wieder der Finanzkraftausgleich ins Spiel. Da kommt dann wieder der Vorwurf, Bayern wäre früher Empfänger des Länderfinanzausgleichs gewesen. Ja, das stimmt. Bis weit in die 1980er-Jahre hinein erhielt der Freistaat Bayern über Jahrzehnte insgesamt 3,4 Milliarden Euro durch den Länderfinanzausgleich. Seither haben wir 108 Milliarden Euro gezahlt. Jetzt diskutieren wir darüber, ob es sachgerecht sein kann, dass von umverteilten 18,5 Milliarden Euro in Deutschland 9,8 Milliarden Euro alleine der Freistaat Bayern bezahlt. Dazu sagt uns die Ampel-Freundschaft in Bayern, das dürfe man nicht sagen; das wäre unsolidarisch;

(Alexander König (CSU): Pfui!)

außerdem habt ihr das damals mit ausgehandelt. – Mein Gott, das Argument ist intelligent! Wir haben das damals ausgehandelt. Die Verhandlungen haben damals dazu geführt, dass wir in Bayern seither etwa eine gute Milliarde Euro weniger für das System bezahlen müssen, als wir nach den alten Regularien hätten bezahlen müssen. Nur ist die Entwicklung halt seither wieder auseinandergewachsen. Als bayerischer Finanzminister ist man nicht mehr in der Lage, den Leuten zu erklären, weshalb sie eine Regulatorik unterstützen sollen, die dazu führt, dass wir mehr in den Länderfinanzausgleich einzahlen müssen, wenn andere ihre Steuern erhöhen. Das ist ganz interessant. Für die, die es nicht wissen, muss ich es jetzt direkt erwähnen, weil es wirklich ein Zusammenhang ist, der sich nicht sofort erschließt.

Als Beispiel nenne ich die Grunderwerbsteuer: Die Grunderwerbsteuer fließt mit einem bundesweiten Durchschnittssteuersatz von etwa 5,6 % in den Länderfinanzausgleich

ein. Bayern hat eine Grunderwerbsteuer von 3,5 %. Wir bezahlen also für Grunderwerbsteuer in den Länderfinanzausgleich ein, die wir gar nicht erheben. So weit, so interessant. Andere, die niedrigere Steuersätze haben, gibt es auch, zum Beispiel Sachsen. Sachsen hatte auch 3,5 % Grunderwerbsteuer. Sachsen erhöhte diese zum Jahresbeginn auf 5,5 %. Das führt dazu, dass der Durchschnittssteuersatz der Grunderwerbsteuer in Deutschland steigt, was wiederum dazu führt, dass Bayern, obwohl wir mit 3,5 % den niedrigsten Grunderwerbsteuersatz haben, über den bundesweiten Durchschnittssteuersatz bei der Grunderwerbsteuer in Zukunft mehr in den Länderfinanzausgleich zahlen muss, weil Sachsen den Steuersatz erhöht hat.

(Zuruf der Abgeordneten Julika Sandt (FDP))

Meine lieben Ampel-Freunde, das unterstützen Sie.

(Julika Sandt (FDP): Das hat doch die CSU mitausgehandelt!)

– Das unterstützen Sie. Das muss ich Ihnen ehrlich sagen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Claudia Köhler

(GRÜNE): Man kann sich alles schönreden! – Unruhe)

– Schreien Sie laut. Dann hört man Sie vielleicht

(Zurufe)

– Mein Gott, jetzt habe ich es Ihnen gerade erklärt.

(Unruhe)

Fakt ist also: Das kann nicht korrekt sein. Wenn andere die Steuern erhöhen, zahlen wir mehr, obwohl wir die niedrigsten Steuern verlangen. Dazu muss ich Ihnen ehrlich sagen: Wer das gut findet, muss schon Angehöriger einer Ampel-Partei sein.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bayern ist ein zuverlässiger Partner der Kommunen. Die bayerischen Kommunen haben es nicht leicht. Niemand hat es leicht. Alle haben Inflation, alle haben gestiegene Energiekosten und gestiegene Baukosten. Das hat jeder, der in diesem Land lebt. Die bayerischen Kommunen haben das, und der Freistaat Bayern hat das im Übrigen auch. Wir heizen auch, wir bauen auch und wir müssen auch Auto fahren. Wir kennen das alle. Wir müssen uns aber nicht jeden Tag darüber streiten, wer die gestiegenen Kosten zahlt, sondern wir müssen auch einmal darüber reden, wie wir insgesamt in diesem Land Kosten vermeiden. Das ist unsere Aufgabe; wir müssen zusammen mit den Kommunen und auf allen Ebenen einmal überlegen, wie wir zum Beispiel im Bereich des Bauens Standards senken können, und fragen, wie wir Dinge organisieren; ich bin sehr dafür.

Solange wir nur darüber streiten, wer was zahlt, werden die Kosten weiter steigen. Wir helfen den Kommunen sehr. Wir helfen den Kommunen in unglaublich großzügiger Weise mit dem kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 11,16 Milliarden. Davon entstammen etwa, lieber Herr Ritter, 6 Milliarden Euro dem Verbund, der verfassungsrechtlich verpflichtend wäre. Ich will Ihnen nur sagen: Sie haben recht. Die Kommunen haben einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf Beteiligung am Steueraufkommen; das wären ungefähr 6,1 Milliarden Euro.

Wir zahlen 11,16 Milliarden Euro und wir zahlen insgesamt etwas mehr als 20 Milliarden Euro von 71 Milliarden Euro des bayerischen Haushalts an die Kommunen; das sind über 28 %. Bei aller Beschwerde, die ich akzeptiere, entspricht es nicht der Wahrheit, dass wir die Kommunen nicht gut unterstützen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Das sagen uns die Kommunen!)

– Das entspricht nicht der Wahrheit; das sagen euch die Kommunen nicht, weil die kommunalen Spitzenverbände das mit uns einvernehmlich verhandelt haben. Es ist ein deutliches Bekenntnis, wenn man 28 % eines Haushalts einer anderen Gebiets-

körperschaft gibt. – Herr Pargent, es ist auch nicht wahr, dass die Bezirke Not leiden. Die Bezirke haben heuer gestiegene Umlageeinnahmen von 300 Millionen Euro.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

– Hören Sie zu, Frau Köhler. Schwaben senkt die Bezirksumlage um 0,2 Prozentpunkte, die Oberpfalz erhöht sie um einen Prozentpunkt und alle anderen bleiben bei plus minus null. Insofern muss ich ganz ehrlich fragen: Was genau ist die Klage des Herrn Pargent, der sagt, wir trieben die Bezirke direkt in die Bezirksumlageerhöhung hinein?
– Nein, das tun wir eben nicht. Die Zahlen beweisen etwas ganz anderes.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir unterstützen die Kommunen im kommunalen Finanzausgleich beim Hochbau und Weiterem; das ist alles genannt worden. Wir ersetzen 100 % der Kosten im Bereich Asyl, und wir helfen dabei mit, dass die Kommunen ihren Aufgaben gerecht werden können.

Wir haben heute Reden zur Bildung gehört. Mein Gott, wie reden wir Bildung in Bayern schlecht und wie gut ist Bildung wirklich organisiert! Bei allen Rankings mit anderen Bundesländern liegt Bayern immer auf Platz eins, allenfalls auf Platz zwei. Gleichzeitig erklären wir den Menschen dauernd, die Bildungschancen bei uns seien katastrophal schlecht. Noch nie waren die Bildungschancen insbesondere in ländlichen Bereichen so gut wie in diesen Zeiten. Noch nie!

Ich sage denjenigen noch etwas, die glauben, Bildung beginne erst dann, wenn der Mensch Abitur habe oder Akademiker sei: Ich bin froh, dass wir wirklich gescheite Menschen haben. Wir brauchen dezentrale Hochschuleinrichtungen und Universitäten, die an der Weltspitze sind. Wir brauchen akademisch hochgebildete Menschen, aber glauben Sie mir eines, meine Damen und Herren: Erstens beginnt der Mensch nicht erst beim Akademiker, und zweitens brauchen wir Hochschulen – ja, das stimmt –, aber wir brauchen auch Berufsschulen; denn wenn es keine Berufsschulen gäbe,

dann gäbe es niemanden mehr, der eine Hochschule bauen kann, meine Damen und Herren. Das ist die Lage.

(Zuruf von der CSU: Bravo! – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir in Bayern sorgen für Hochschulen und Berufsschulen, und zwar überall; das ist unser Auftrag und dem werden wir gerecht.

Wir unterstützen die Familien mit 780 Millionen Euro Familiengeld. Mit etwa 3 Milliarden Euro werden die Kindertageseinrichtungen aus dem bayerischen Haushalt gefördert. 3 Milliarden Euro! Ich meine mich zu erinnern, als ich vor gut neun Jahren als Staatssekretär ins Finanzministerium kam, lagen wir noch deutlich unter einer Milliarde Euro. Jetzt liegen wir bei 3 Milliarden Euro.

Es ist wahr: Wir müssen die Aufgabe der Kinderbetreuung gut erledigen. Das ist doch logisch. Wenn wir im Kita-Alter Kinderbetreuung optimieren und Kinder, solange sie möchten und es notwendig ist, in der Einrichtung bleiben können, dann können wir doch nicht glauben, den Eltern später, wenn das Kind in die Grundschule geht, sagen zu können, dass sie es um 13 Uhr abholen müssen. Das versteht sogar der Finanzminister, meine Damen und Herren. Genau das ist wieder die Diskussion. Wir sollten darüber sprechen, unter welchen Voraussetzungen das getan wird.

Muss es denn wirklich sein, dass wir neben jede Schule noch ein Kinderbetreuungs- haus bauen, oder können wir auch im Gebäudebestand intelligente Lösungen finden, um Kinderbetreuung nachmittags in der Grundschule zu organisieren? – So steht es im Gesetz. Wir sollten nicht darüber streiten, wer die Milliarden zahlt, sondern darüber, wie wir das organisieren, damit es nicht gleich wieder neue Milliarden kostet. Darum geht es, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir bilden mit 270 Millionen Euro bayerischer Kofinanzierung ein 49-Euro-Ticket ab, nach dem nicht alle gerufen haben, jedenfalls nicht die Menschen bei mir im ländli-

chen Raum, die ich kenne. Aber gut: Wenn es so sein soll, dann machen wir das. Der Verkehrshaushalt steigt diametral; auch hier gibt es immer die Debatte, wie viel Bundesgeld dabei ist.

Ich habe es Ihnen heute früh erklärt: Bundesgeld ist auch bayerisches Geld; denn der Freistaat Bayern und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler des Freistaates Bayern zahlen auch im Bundeshaushalt mit und nicht nur im bayerischen Haushalt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Im Gesundheitsbereich gehen 2 Milliarden Euro Investitionen an Klaus Holetschek zur Unterstützung für seine schwierigen Aufgaben. – Du bist in Sachen Unterstützung von Krankenhäusern und in der Frage der Pflege wirklich missionarisch unterwegs. Natürlich kann man da immer noch mehr machen, aber wissen Sie: Man muss die Investitionen auch bedarfsgerecht unterstützen. Ich höre immer wieder, die Krankenhäuser seien unterfinanziert. – Sie meinen die Betriebskosten der Krankenhäuser, für die der Bund zuständig ist.

(Zuruf von der SPD)

– Hören Sie zu! Die Investitionskosten werden in jedem Jahr einvernehmlich mit den kommunalen Spitzenverbänden für das nächste Jahr festgelegt. Wir als Finanzministerium wissen und Klaus Holetschek als Gesundheitsminister weiß zusammen mit den Spitzenverbänden genau, wie hoch die Bedarfe und Abflüsse im kommenden Jahr sind. Wir haben in den letzten Jahren mit 643 Millionen Euro stets bedarfsgerecht kalkuliert und das Geld in den Haushalt eingestellt. Wir haben nirgendwo Investitionsstau durch fehlende Fördergelder des Freistaates Bayern verursacht.

Wie es 2024 weitergeht, beschließen wir zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden beim nächsten Spitzengespräch, das zur nächsten Haushaltsaufstellung fällig wird. Wenn wir da nicht 643 Millionen Euro, sondern mehr brauchen, werden wir uns darauf verständigen, dass es mehr ist. Ständig aber den Eindruck zu erwecken, da sei

etwas unterfinanziert, entspricht jedenfalls nicht der intellektuellen Wahrheit, die notwendig ist, wenn es um Zahlen geht, meine Damen und Herren.

Bei Zahlen liegt es eben auf der Hand, ob es ausreicht oder nicht. Man kann Zahlen nicht ständig uminterpretieren, wie es die SPD dauernd bei der Krankenhausförderung tut. Die 643 Millionen Euro sind korrekt; man braucht sie nicht uminterpretieren. Sie können Generäle anschreien, aber nicht Zahlen, meine Damen und Herren. Das müssen Sie sich merken. Insofern haben wir auch hier wirklich getan, was notwendig ist.

Ich will nicht lange über Landwirtschaft reden, obwohl ich das auch könnte, weil sie mir sehr am Herzen liegt. Ich sage den bayerischen Bäuerinnen und Bauern nur: Was Michaela Kaniber hier für Sie alle Jahre im Haushalt umsetzen kann, was an bayerischer Landwirtschaftspolitik mit Rekordsummen gemacht werden kann – im Bereich freiwilliger Agrarumweltleistungen, im Bereich Investitionen in Tierwohlställe usw. –, ist etwas, worum uns das ganze Land beneidet.

Meine Damen und Herren, Landwirtschaft wird es immer geben. Wir haben als Ziel, dass es in Bayern auch noch Bauern gibt. Darauf kommt es an, dafür sorgen wir mit diesem Haushalt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten: Hören wir auf mit dem Wettbewerb im Schlechtreden unseres Landes! Ändern Sie Ihre Wahlkampfstrategie! Ich kann Ihnen das nur sagen;

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Ihr redet die ganze Zeit vom Bund!)

denn die Menschen im Land empfinden es ganz anders, als Sie es hier darstellen. Das ist Ihr Problem: Unser Land ist in einem Topzustand. Die Menschen wissen das auch. Die Menschen wissen aber auch, dass es darum geht, weitere Verbesserungen vorzunehmen und hart dafür zu arbeiten, wie wir es alle tun. Die Menschen in Bayern

sind auch – wie immer – dazu bereit, hart dafür zu arbeiten und ein Land gut zu organisieren.

Ich kann Ihnen nur Folgendes sagen: Wenn Sie glauben, dass es in einem anderen Bundesland besser geht, dann sagen Sie den Menschen in Bayern, wohin Sie ihnen zu ziehen empfehlen würden. Geben Sie den Menschen in Bayern eine Empfehlung: In welchem Bundesland geht es den Menschen besser als in Bayern?

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Sie reden ganz Deutschland schlecht!)

Wenn Sie das tun, bin ich gerne bereit, dagegenzuhalten. Die Damen und Herren, die uns jetzt zuhören, haben den ganzen Tag gehört, es wäre geradezu eine Strafe, in Bayern zu leben, zumindest wenn sie der Opposition zugehört haben.

(Alexander König (CSU): Die Frau Köhler wollte schon fast auswandern!)

– Ich höre gerade, die Frau Köhler hat schon überlegt, ob sie in ein anderes Bundesland geht.

(Heiterkeit bei der CSU – Claudia Köhler (GRÜNE): Das sagt kein Mensch! Quatsch! Was soll das? – Weitere Zurufe von den GRÜNEN – Jürgen Mistol (GRÜNE): Das glaubt bloß ihr!)

Die Opposition erklärt, dass das nicht so ist.

Ich bleibe dabei: Ich kenne keinen Bayern, der glaubt, dass es in einem anderen Bundesland von Haus aus besser wäre. Keinen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Außer den GRÜNEN!)

Meine Damen und Herren, wir helfen dort, wo Hilfe nötig ist. Im sozialen Bereich sind wir in der Lage zu helfen, was andere längst nicht mehr können. Ich nenne das Landespflegegeld und viele andere Dinge. Wir fördern dort, wo Zukunft notwendig geför-

dert werden muss: in der Infrastruktur, analog wie digital. Wir fördern die Wirtschaft. Wir fördern Investitionen in vielen Bereichen. All das ist in den letzten drei Tagen genannt worden. Ich glaube und ich weiß: Die Menschen verstehen das richtig, auch wenn immer der Eindruck erweckt wird, wir würden nicht in die Zukunft investieren. Ich kann Ihnen sagen: Genau das tun wir.

Aber die Risiken bleiben. Natürlich müssen wir alle wachsam bleiben. Das ist deutlich geworden. Die Welt ist unsicherer geworden. Auch andere strengen sich an. Wir sind im Wettbewerb mit vielen Nationen in ganz Europa und darüber hinaus. Wir haben internationale Konkurrenz. Deswegen müssen wir uns weiter anstrengen. Zum "Anstrengen" sage ich auch, dass ich jedem alles gönne.

Wir haben heute gehört, dass man sich im öffentlichen Dienst der Kommunen und des Bundes nicht auf die Lohnabschlüsse für das kommende Jahr einigen konnte. Was die Arbeitgeber dort angeboten haben, ist ein echtes Angebot gewesen. Ich will das gar nicht werten. Ich schütze und kämpfe für die Tarifautonomie. Ich weiß, dass es das Streikrecht gibt. All das ist vollkommen in Ordnung. Dafür haben wir eine hervorragende Demokratie.

Ich will Ihnen nur sagen: Wir haben zurzeit 28 Milliarden Euro Personalkosten im Haushalt stehen. Wenn das um 10 % steigen kann und soll, dann weiß jeder, womit der Haushalt vorbelastet ist. Ich sage das nicht anklagend. Ich sage das nur, weil alle wissen müssen, dass solche Zusagen viel Geld kosten, was dazu führt, dass wir uns weiter anstrengen müssen. Darauf kommt es an. Es muss sich lohnen, sich anzustrengen. Das verankern wir als Grundsatz in diesem Haushalt, meine Damen und Herren: Anstrengung lohnt sich. Wir müssen dafür sorgen, dass sich die Menschen bei uns von denen abwenden, die sich ankleben, anstatt sich anzustrengen. Darauf kommt es an: anstrengen statt ankleben. Das ist das Motto in diesem Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von den GRÜNEN)

Denn wir sind nicht die letzte Generation. Das wissen wir alle miteinander: Wir sind nicht die letzte Generation.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Denjenigen, die den Menschen erzählen wollen, wir wären die letzte Generation, muss ich sagen: Hören Sie auf, für Bayern immer eine Situation herbeizureden, die für Bayern in keiner Weise zum Tragen kommt! Wir sind ein starkes Land. Alle beneiden uns darum, wie wir leben dürfen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Die Menschen haben das Glück, in Bayern leben zu dürfen. Das ist nicht von uns organisiert, sondern das ist Fügung. Wenn man in Bayern geboren wurde, ist das in der Tat ein Riesenglück!

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Diesem Glück sollten wir weiterhin zum Durchbruch verhelfen mit einem ordentlichen Haushalt. Wer heute diesen Haushalt mitbeschließt, verhilft den Menschen in Bayern zu mehr Glück.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In diesem Sinne alles Gute und danke für die Zustimmung!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung: Herr Martin Böhm. Bitte.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, die Präsidentin hätte Ihnen zu Ihrer Rede vermutlich besser Kräuterlikör eingeschenkt statt des schalen Mineralwas-

sers. Aber Spaß beiseite. – Ich will noch mal auf die Bankenkrise eingehen, die Sie eingangs Ihrer Rede erwähnt haben. Ich stelle fest: Bayern kann nicht der Retter sein, sondern so eine wirklich schlimme Krise nur mit guten Worten begleiten. Der Ursprung ist die seit Jahren desaströse Zinspolitik der EZB. Die sorgt dafür, dass Anleihen zurzeit massiv an Wert verlieren, unter Druck geraten. Dieser Verlust wird erst in der Realisierungsphase in den Bilanzen der Banken ausgewiesen und dann dort wirksam.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wäre es nicht Auftrag der Bayerischen Staatsregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, eine Änderung der Bewertungsvorschriften zu erwirken, damit diese Eigenkapitalschwächen der Banken in den Bilanzen eher aufscheinen, dadurch die Eigenkapitalschwäche der Banken eher sichtbar wird und damit die Einlagen von Bürgern und auch von Firmen noch besser geschützt sind?

(Beifall bei der AfD)

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Böhm, über diese Dinge ist lange diskutiert worden. Wir sind seit Jahren einer der größten Kritiker der Europäischen Zentralbank gewesen. Wir haben immer wieder dorthin geschrieben. Uns wurde immer wieder gesagt: Die Europäische Zentralbank ist unabhängig. Politiker sollen sich da raushalten bei Einschätzungen, wie schnell die Inflation steigen wird und wie man sie bekämpfen kann. – Wir sind stets darauf verwiesen worden, dass 2 % Inflation noch weit weg sind. Unsere Anregungen, wenigstens geldpolitische Normalität wiederherzustellen, Anleihenkäufe zurückzuführen usw. wurden leider nicht wahrgenommen.

Jetzt hat man das umso hektischer gemacht, was offensichtlich dazu führt, dass dann, wenn Banken ihre Anleihen realisieren müssen, wie das im Silicon Valley war, genau der Effekt eintritt, den Sie angesprochen haben. In Amerika hat man zu Trumps Zeiten die Einlagensicherungen und die Notwendigkeit, Eigenkapital zu hinterlegen, bei Banken dramatisch verringert. Bei uns ist das nicht der Fall. Ich kann nur für die Bank

sprechen, für die wir gerade hauptverantwortlich sind, die Bayerische Landesbank. Die hat zurzeit eine Eigenkapitalquote von 17,4 %. Ich finde das nach all dem, was dort war, sensationell. Wir glauben, damit gut aufgestellt zu sein.

Aber die Frage "Wer traut dem System, wer holt wann Geld?" ist mir in letzter Zeit öfter gestellt worden. Ich habe immer gesagt: Das wenige Geld, das ich als Erspartes habe, bleibt bei meiner Bank, weil ich dem System traue. Nach all dem, was wir jetzt hören, scheint es tatsächlich so zu sein, dass sich das Ganze auf die amerikanische und die Schweizer Situation eingrenzen lässt. Versprechen kann das zwar niemand, aber es gibt aus heutiger Sicht auch keinen Grund, hier Angstszenerien an die Wand zu malen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Zweite Zwischenbemerkung: Herr von Brunn. Bitte.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Füracker, ich kann mich noch gut erinnern, dass Herr Söder, der heute wieder nicht hier ist – ich weiß nicht, ob er gerade sein Essen fotografiert oder Selfies macht –,

(Unruhe)

die Ampel in Berlin wochenlang kritisiert hat, wie lange das mit den Entlastungen dauert.

(Hans Herold (CSU): Zu Recht!)

Das höhere Kindergeld ist da. Die steuerlichen Entlastungen sind da. Die Ampel hat alles auf den Weg gebracht. Aber von den von der CSU angekündigten Entlastungen für die Menschen ist bisher kein Cent bei den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern angekommen! Wie man es macht, zeigt die Stadt München: Seit dem 16. Januar läuft dort der Wärmefonds und zahlt das Geld an die Bürgerinnen und Bürger aus. Sie verheddern sich in Bürokratie. Das höre ich von allen, die beteiligt sind. Ganz ehrlich,

Herr Finanzminister: Wenn ich so eine schlechte Bilanz hätte, dann würde ich ein bisschen leiser über die reden, die wirklich was machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Nachdem aus Ihrer eigenen Fraktion nur genau vier Abgeordnete Beifall geklatscht haben, glaube ich, dass diese Meinung schon in Ihrer eigenen Fraktion nicht besonders verbreitet ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2023 abstimmen. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 18/25166, der interfraktionelle Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/27875, der Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/27655 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/28133.

Vorweg ist über den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/27655 abzustimmen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Klingen,

Plenk, Sauter, Dr. Rieger und Busch. Stimmenthaltungen? – Das sind die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach und Swoboda. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Nun lasse ich über den Gesetzentwurf auf Drucksache 18/25166 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Gesetzentwurf zur Annahme mit der Maßgabe, dass verschiedene Änderungen durchgeführt werden. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls Zustimmung zum Gesetzentwurf mit den vorgeschlagenen Änderungen. Im Einzelnen verweise ich auf die Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/28133.

Wer dem Gesetzentwurf mit den empfohlenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Klingen, Bayerbach, Sauter sowie Dr. Rieger und Busch. Gegenstimmen! – Das sind die AfD-Fraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Stimmenthaltungen! – Das sind die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der soeben beschlossenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen, Sauter, Dr. Rieger und Busch. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Stimmenthaltungen! – Das sind die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichs-

gesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2023)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag auf Drucksache 18/27875 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 13. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2023, Einzelplan 13, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27625 mit 18/27654 und 18/27815, die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/27960 sowie der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/28036.

Ich lasse zunächst über die beiden Änderungsanträge abstimmen, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde. Dies sind der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/28036 und der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/27637. Ich bitte Sie, Ihr Abstimmgerät zu verwenden.

Wir beginnen mit der namentlichen Abstimmung über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Heizungsaustauschprogramm" auf der Drucksache 18/28036. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Wir starten jetzt mit der Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 14:25 bis 14:28 Uhr)

Haben alle Abgeordneten abgestimmt? – Ich sehe keinen Widerspruch. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Ich unterbreche die Sitzung, bis das Ergebnis gespeichert ist. Dann kommen wir zur zweiten namentlichen Abstimmung.

(Unterbrechung von 14:28 bis 14:29 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Mittagsverpflegung an Schulen: kostenlos, nachhaltig und gesund" auf Drucksache 18/27637. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt diesen Änderungsantrag zur Ablehnung.

Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 14:30 bis 14:32 Uhr)

Hat jede Abgeordnete und jeder Abgeordnete seine Stimme abgegeben? – Ich sehe keinen Widerspruch. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Ich unterbreche die Sitzung, bis uns das Ergebnis der Abstimmungen vorliegt. Ich gebe dann beide Ergebnisse bekannt.

(Unterbrechung von 14:33 bis 14:35 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Mittagsverpflegung an Schulen: kostenlos, nachhaltig und gesund" auf Drucksache 18/27637 bekannt. Mit Ja haben 49, mit Nein 109 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Heizungsaustauschprogramm" auf Drucksache 18/28036 bekannt. Mit Ja haben 21, mit Nein 109 Abgeordnete gestimmt. Es gab 28 Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 13 selbst. Der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in

der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/27960 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 13 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER sowie die Abgeordneten Klingen (fraktionslos), Sauter (fraktionslos) und Dr. Rieger (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der AfD, der SPD, der FDP sowie die Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos), Plenk (fraktionslos), Swoboda (fraktionslos) und Busch (fraktionslos). Wer enthält sich? – Ich sehe keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, gelten gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 5)

Außerdem schlägt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner Beschlussempfehlung noch verschiedene Ermächtigungen des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat vor. Im Einzelnen verweise ich wiederum auf die Drucksache 18/27960.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD, der FDP sowie die Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos), Klingen (fraktionslos), Plenk (fraktionslos), Dr. Rieger (fraktionslos), Sauter (fraktionslos) und Busch (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Ich sehe niemand. Wer enthält sich? – Das ist der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Dann ist das so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 13 ist damit abgeschlossen. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2023. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 18/25167, die Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf den Drucksachen 18/27678 und 18/28109, die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 18/27656 mit 18/27663, die Änderungsanträge der AfD-Fraktion auf den Drucksachen 18/27666 und 18/27667, die Änderungsanträge der SPD-Fraktion auf den Drucksachen 18/27664 und 18/27665 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/28134.

Zunächst kommen wir zu den beiden vorab angekündigten namentlichen Abstimmungen über die beiden Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 18/27658 und 18/27663. Ich bitte Sie, wieder Ihr Abstimmgerät zu verwenden.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/27658 in namentlicher Form abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 14:41 bis 14:44 Uhr)

Haben jede Abgeordnete und jeder Abgeordnete abgestimmt? – Damit schließe ich die Abstimmung. Wir warten nun etwas, bis die Freigabe für die zweite namentliche Abstimmung erfolgt.

(Unterbrechung von 14:44 bis 14:45 Uhr)

Gut, wir sind wieder startklar. Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksa-

che 18/27663. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt auch diesen Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 14:46 bis 14:48 Uhr)

Ich sehe jetzt keine Abstimmungsnotwendigkeit mehr. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Wir warten jetzt auf die Ergebnisse der beiden namentlichen Abstimmungen.

(Unterbrechung von 14:48 bis 14:49 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 18/27658 bekannt: Mit Ja haben 49 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 97 Abgeordnete. Es gab 11 Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 18/27663: Mit Ja haben 40 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 99. Es gab 20 Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf der Drucksache 18/27666. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP, die fraktionslosen Abgeordneten Klingen, Plenk, Swoboda und Herr Sauter. Herr Dr. Rieger? – Ich

sehe, er ist nicht mehr da. Herr Busch? – Auch Abgeordneter Busch (fraktionslos) ist dagegen. Wer enthält sich? – Ich sehe keine Enthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt. Jetzt ist noch über alle weiteren zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2023 eingereichten Änderungsanträge, die in den Ausschüssen zur Ablehnung empfohlen wurden, abzustimmen. Konkret sind dies die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27656, 18/27657, 18/27659 mit 18/27662, 18/27664, 18/27665 sowie 18/27667. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass dies im Rahmen einer Gesamtabstimmung unter Zugrundelegung des jeweiligen Votums des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen geschehen soll. Ich lasse so abstimmen.

Wer hinsichtlich der Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27656, 18/27657, 18/27659 mit 18/27662, 18/27664, 18/27665 sowie 18/27667 jeweils mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion, FREIE-WÄHLER-Fraktion, CSU-Fraktion, FDP-Fraktion und auch AfD-Fraktion sowie der Abgeordnete Sauter (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Herr Abgeordneter Swoboda (fraktionslos). Wer enthält sich? – Die Abgeordneten Plenk (fraktionslos), Klingen (fraktionslos) und Busch (fraktionslos). Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Änderungen sind abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf auf der Drucksache 18/25167. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat zunächst Zustimmung zum Gesetzentwurf mit der Maßgabe verschiedener Änderungen und in einer Zweitberatung darüber hinaus die Vornahme weiterer Änderungen empfohlen. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat Zustimmung zur Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses in der Fassung der Zweitberatung empfohlen, mit der Maßgabe, dass noch

weitere Änderungen durchzuführen sind. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 18/28134.

Wer dem Gesetzentwurf mit den empfohlenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU, der Abgeordnete Klingen (fraktionslos) sowie Abgeordneter Sauter (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion, FDP-Fraktion, AfD-Fraktion sowie die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos) sowie der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Wer enthält sich? – Enthaltungen sehe ich keine. Damit ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der soeben beschlossenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU sowie der Abgeordnete Klingen (fraktionslos) sowie Abgeordneter Sauter (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion, die Abgeordneten Plenk (fraktionslos), Swoboda (fraktionslos) sowie Busch (fraktionslos). Wer enthält sich? – Enthaltungen sehe ich keine. Damit ist das ebenfalls so beschlossen. Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung haben die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27678 und 18/28109 ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wäre schön, wenn Sie noch eine Sekunde hierbleiben würden; denn ich möchte mich noch bei verschiedenen Institutionen und auch bei den Mitarbeitern bedanken.

Wir haben diesen Haushalt jetzt mit großem Einsatz abgeschlossen. Die Haushaltsberatungen sind damit beendet. Zum Abschluss hatten wir eine Drei-Tage-Marathonsitzung. Ich danke Ihnen allen für Ihren Einsatz und, das kann ich wirklich sagen, auch für Ihre engagierten Redebeiträge. Das ist ein lebendiges Parlament. Ich bin froh, genauso wie meine Mitstreiter hier im Präsidium, dass das ohne Probleme ging. Emotionen muss man zeigen, und das wollen wir hier oben auch gerne zulassen.

Mein Dank gilt insbesondere dem Haushaltsausschuss. Ich danke dem Landtagsamt, den Offizianten, dem Team von P I, dem Ausschussdienst, den Stenografinnen und Stenografen sowie den zahlreichen Helferinnen und Helfern im Hintergrund. Herzlichen Dank auch für das Frischwasser, das hier oben immer gereicht wurde. Wir bedanken uns bei den Sanitärerinnen und Sanitärern, bei der Pforte und natürlich auch bei der Gaststätte. Ohne ihr Engagement wäre ein reibungsloser Ablauf nicht möglich gewesen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das gilt natürlich nicht nur für diese Woche, sondern für das ganze Jahr.

(Allgemeiner Beifall)

Nun wünsche ich Ihnen noch einen schönen Resttag, eine gute Fahrt nach Hause und ein frohes Osterfest. Damit ist die Sitzung geschlossen.

(Schluss: 14:57 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 30.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 18: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2023; hier: Mittagsverpflegung an Schulen: kostenlos, nachhaltig und gesund (Kap. 13 10 neuer Tit.) (Drucksache 18/27637)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Enghuber Matthias		X	
Adjei Benjamin	X			Fackler Wolfgang		X	
Aigner Ilse				Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aiwanger Hubert				Fehlner Martina	X		
Arnold Horst	X			Fischbach Matthias		X	
Atzinger Oskar		X		Flierl Alexander			
Aures Inge	X			Flisek Christian	X		
Bachhuber Martin		X		Franke Anne	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Freller Karl			
Bauer Volker		X		Friedl Hans		X	
Baumgärtner Jürgen				Friedl Patrick	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Fuchs Barbara	X		
Bayerbach Markus		X		Füracker Albert		X	
Becher Johannes	X			Gehring Thomas	X		
Becker Barbara		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin		X		Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal	X			Graupner Richard		X	
Brandl Alfons		X		Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Güller Harald	X		
Brendel-Fischer Gudrun		X		Guttenberger Petra		X	
von Brunn Florian	X			Häusler Johann		X	
Dr. Büchler Markus	X			Hagen Martin		X	
Busch Michael	X			Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Celina Kerstin	X			Halbleib Volkmar	X		
Dr. Cyron Anne				Hartmann Ludwig			
Deisenhofer Maximilian	X			Hauber Wolfgang		X	
Demirel Güleren	X			Haubrich Christina			
Dorow Alex				Hayn Elmar	X		
Dremel Holger		X		Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Ebner-Steiner Katrin		X		Herrmann Joachim			
Eck Gerhard				Dr. Herz Leopold		X	
Eibl Manfred		X		Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hierneis Christian	X		
Eisenreich Georg				Hiersemann Alexandra			
Enders Susann		X		Hintersberger Johannes		X	
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingler Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin	X	X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	49	109	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 30.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 18: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u. a. und Fraktion SPD; Haushaltsplan 2023; hier: Heizungs austauschprogramm (Kap. 13 23 neue TG) (Drucksache 18/28036)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Enghuber Matthias		X	
Adjei Benjamin			X	Fackler Wolfgang		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aiwanger Hubert				Fehlner Martina	X		
Arnold Horst	X			Fischbach Matthias		X	
Atzinger Oskar		X		Flierl Alexander			
Aures Inge	X			Flisek Christian	X		
Bachhuber Martin		X		Franke Anne			X
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Freller Karl			
Bauer Volker		X		Friedl Hans		X	
Baumgärtner Jürgen				Friedl Patrick			X
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Fuchs Barbara			X
Bayerbach Markus		X		Füracker Albert		X	
Becher Johannes			X	Gehring Thomas			X
Becker Barbara		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin		X		Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal			X	Graupner Richard		X	
Brandl Alfons		X		Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Güller Harald	X		
Brendel-Fischer Gudrun		X		Guttenberger Petra		X	
von Brunn Florian	X			Häusler Johann		X	
Dr. Büchler Markus			X	Hagen Martin		X	
Busch Michael	X			Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Celina Kerstin			X	Halbleib Volkmar	X		
Dr. Cyron Anne				Hartmann Ludwig			
Deisenhofer Maximilian			X	Hauber Wolfgang		X	
Demirel Gülsüren			X	Haubrich Christina			X
Dorow Alex				Hayn Elmar			X
Dremel Holger		X		Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Ebner-Steiner Katrin				Herrmann Joachim			
Eck Gerhard				Dr. Herz Leopold		X	
Eibl Manfred		X		Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hierneis Christian			X
Eisenreich Georg				Hiersemann Alexandra			
Enders Susann		X		Hintersberger Johannes		X	
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul			X
Köhler Claudia			X
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			X
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen			X
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingler Stephan		X	
Osgyan Verena			X
Pargent Tim			X
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin			X
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			X
Schuhknecht Stephanie			X
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			X
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			X
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			X
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			X
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	21	109	28

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu den Tagesordnungspunkten 17 bis 19

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge

I. zum Bayerischen Finanzausgleichsänderungsgesetz 2023

(Drs. 18/25166)

II. zum Einzelplan 13

(Drs. 18/27960)

III. zum Haushaltsgesetz 2023

(Drs. 18/25167)

I. Bayerisches Finanzausgleichsänderungsgesetz 2023

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2023)

(Drs. 18/25166)

Drs. 18/27655

II. Einzelplan 13

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)

Haushaltsplan 2023;

hier: Verstärkung von Investitionsmaßnahmen

(Kap. 13 02 Tit. 893 06)

Drs. 18/27625

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)

Haushaltsplan 2023;

hier: Zuführungen an den Pensionsfonds gem. Art. 6 Abs. 1 BayVersRückIG

(Kap. 13 20 Tit. 919 61)

Drs. 18/27626

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Streichung der sogenannten Fraktionsreserve
(Kap. 13 02 Tit. 893 06)
Drs. 18/27627
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sonderfinanzierung für kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs (FSW) streichen und einsparen
(Kap. 13 03 Tit. 883 05)
Drs. 18/27628
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Keine Beteiligung des Freistaates Bayern als Gesellschafter am Flughafen Memmingen
(Kap. 13 05 Tit. 831 84)
Drs. 18/27629
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Rücklagenentnahme
(Kap. 13 06 Tit. 359 01)
Drs. 18/27630
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kostenfreiheit des Schulwegs
(Kap. 13 10 Tit. 633 01)
Drs. 18/27631
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: ÖPNV-Zuweisungen erhöhen
(Kap. 13 10 Tit. 633 81)
Drs. 18/27632
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Subventionierung für kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs (FSW) streichen und einsparen
(Kap. 13 10 Tit. 883 08)
Drs. 18/27633
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Umschichtung der Zuweisungen nach dem BayGVFG zugunsten des ÖPNV
(Kap. 13 10 Tit. 883 08 u. 883 09)
Drs. 18/27634

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Lebensraum Schule: Schulen und Berufsschulen sanieren,
mehr Platz für Schülerinnen und Schüler schaffen
(Kap. 13 10 Tit. 883 11, Tit. 883 12, Tit. 883 13 und Tit. 883 15)
Drs. 18/27635
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Energetische Sanierung kommunaler Gebäude und Förderprogramm
klimafitte Schule
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 18/27636
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mittagsverpflegung an Schulen: kostenlos, nachhaltig und gesund
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 18/27637
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt durch bessere
Personalausstattung in der Steuerverwaltung
(Kap. 13 01)
Drs. 18/27638
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Streichung der Mittel für die Regierungsfractionen
(Kap. 13 02 Tit. 893 06)
Drs. 18/27639
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Hilfe bei der Erstellung von kommunalen Klimaschutzkonzepten:
Schaffung von Beratungsstellen in den Landratsämtern
(Kap. 13 10 Tit. 613 21)
Drs. 18/27640
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Hilfe bei der Umsetzung von Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt –
Biodiversitätsberatung an allen bayerischen Landratsämtern
(Kap. 13 10 Tit. 613 21)
Drs. 18/27641

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Aufstockung der Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Gemeinden zu den Kosten der Ämter für Gesundheits- und Veterinärwesen, Verbraucherschutz sowie die Heimaufsicht gemäß Art. 9 Abs. 1 bis 5 BayFAG
(Kap. 13 10 Tit. 633 02)
Drs. 18/27642
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Aufstockung der Mittel für die Härtefallregelung im Rahmen der aktuellen Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben
(Kap. 13 10 Tit. 883 04)
Drs. 18/27643
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mittel für Straßenausbaupauschalen erhöhen
(Kap. 13 10 Tit. 883 06)
Drs. 18/27644
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Solide Förderung für bayerische Krankenhäuser
(Kap. 13 10 Tit. 891 72)
Drs. 18/27645
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 18/27646
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Härtefallfonds Bayern – Entlastung von Vereinen der Heimat- und Brauchtumpflege einschließlich Faschingsvereinen
(Kap. 13 23 neue TG)
Drs. 18/27647
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Verzicht auf Tilgung
(Kap. 13 60 Tit. 325 52)
Drs. 18/27648

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Entnahme aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage
(Kap. 13 06 Tit. 359 01)
Drs. 18/27649
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Minderausgaben aufgrund haushaltsgesetzlicher Einsparungsmaßnahmen in sämtlichen Einzelplänen
(Kap. 13 02 Tit. 972 01)
Drs. 18/27650
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Verstärkung von Investitionsmaßnahmen
(Kap. 13 02 Tit. 893 06)
Drs. 18/27651
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sanierung von öffentlichen Bädern
(Kap. 13 02 neuer Tit.)
Drs. 18/27652
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung eines Dual-Fluid-Reaktors
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 18/27653
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Schuldentilgung
(Kap. 13 06 Tit. 325 64)
Drs. 18/27654
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zusätzliche Unterstützung der Tafeln in Bayern
(Kap. 13 23 Tit. 684 02)
Drs. 18/27815

III. Haushaltsgesetz 2023

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023
hier: Stellenhebungen für Lehrkräfte auch an Realschulen
(Drs. 18/25167)
Drs. 18/27656
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023
hier: Bürgschaften für die Finanzierung von Wohnungsbaugenossenschaften
(Drs. 18/25167)
Drs. 18/27657
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023
hier: A 13 für alle Lehrkräfte – Einstieg zum Schuljahr 2023/2024
(Drs. 18/25167)
Drs. 18/27658
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023
hier: Kita-Beitragszuschüsse analog zum Krippengeld an Einkommensgrenze koppeln
(Drs. 18/25167)
Drs. 18/27659
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023
hier: Änderung des Bayerischen Landespflegegeldgesetzes
(Drs. 18/25167)
Drs. 18/27660
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023
hier: Änderung des Bayerischen Familiengeldgesetzes
(Drs. 18/25167)
Drs. 18/27661
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023
hier: Einführung eines Gehörlosengeldes
(Drs. 18/25167)
Drs. 18/27662

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023
hier: Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgeltgesetzes
(Drs. 18/25167)
Drs. 18/27663
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u.a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023
hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre
(Drs. 18/25167)
Drs. 18/27664
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u.a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023;
hier: Art. 6i (Stellenhebungen im Haushalt 2023) – Schaffung von
Beförderungsmöglichkeiten an allen Schularten
(Drs. 18/25167)
Drs. 18/27665
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023;
hier: Änderung des Art. 2 – Kreditermächtigung
(Drs. 18/25167)
Drs. 18/27666
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023;
hier: Änderung des Art. 30 der Bayerischen Haushaltsordnung
(Drs. 18/25167)
Drs. 18/27667

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 30.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 19: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023; hier: A 13 für alle Lehrkräfte - Einstieg zum Schuljahr 2023/2024 (Drs. 18/25167) (Drucksache 18/27658)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Enghuber Matthias		X	
Adjei Benjamin	X			Fackler Wolfgang		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aiwanger Hubert				Fehlner Martina	X		
Arnold Horst	X			Fischbach Matthias			X
Atzinger Oskar		X		Flierl Alexander			
Aures Inge	X			Flisek Christian	X		
Bachhuber Martin		X		Franke Anne	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Freller Karl			
Bauer Volker		X		Friedl Hans		X	
Baumgärtner Jürgen				Friedl Patrick	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Fuchs Barbara	X		
Bayerbach Markus		X		Füracker Albert		X	
Becher Johannes	X			Gehring Thomas	X		
Becker Barbara		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin		X		Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal	X			Graupner Richard		X	
Brandl Alfons		X		Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Güller Harald	X		
Brendel-Fischer Gudrun		X		Guttenberger Petra		X	
von Brunn Florian	X			Häusler Johann		X	
Dr. Büchler Markus	X			Hagen Martin			X
Busch Michael	X			Prof. Dr. Hahn Ingo			
Celina Kerstin	X			Halbleib Volkmar	X		
Dr. Cyron Anne				Hartmann Ludwig			
Deisenhofer Maximilian	X			Hauber Wolfgang		X	
Demirel Güleren	X			Haubrich Christina			
Dorow Alex				Hayn Elmar	X		
Dremel Holger		X		Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert			X	Dr. Herrmann Florian		X	
Ebner-Steiner Katrin				Herrmann Joachim			
Eck Gerhard				Dr. Herz Leopold		X	
Eibl Manfred		X		Dr. Heubisch Wolfgang			X
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hierneis Christian	X		
Eisenreich Georg				Hiersemann Alexandra			
Enders Susann		X		Hintersberger Johannes		X	
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut			X
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingler Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			X
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin	X	X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph			X
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Dr. Spitzer Dominik			X
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	49	97	11

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 30.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 19: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2023; hier: Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgeltgesetzes (Drs. 18/25167) (Drucksache 18/27663)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X	Enghuber Matthias		X	
Adjei Benjamin	X			Fackler Wolfgang		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aiwanger Hubert				Fehlner Martina			X
Arnold Horst			X	Fischbach Matthias	X		
Atzinger Oskar		X		Flierl Alexander			
Aures Inge			X	Flisek Christian			X
Bachhuber Martin		X		Franke Anne	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Freller Karl			
Bauer Volker		X		Friedl Hans		X	
Baumgärtner Jürgen				Friedl Patrick	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Fuchs Barbara	X		
Bayerbach Markus		X		Füracker Albert		X	
Becher Johannes	X			Gehring Thomas	X		
Becker Barbara		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin		X		Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal	X			Graupner Richard		X	
Brandl Alfons		X		Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Güller Harald			X
Brendel-Fischer Gudrun		X		Guttenberger Petra		X	
von Brunn Florian			X	Häusler Johann		X	
Dr. Büchler Markus	X			Hagen Martin	X		
Busch Michael			X	Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Celina Kerstin	X			Halbleib Volkmar			X
Dr. Cyron Anne				Hartmann Ludwig			
Deisenhofer Maximilian	X			Hauber Wolfgang		X	
Demirel Güleren	X			Haubrich Christina			
Dorow Alex				Hayn Elmar	X		
Dremel Holger		X		Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert	X			Dr. Herrmann Florian		X	
Ebner-Steiner Katrin		X		Herrmann Joachim			
Eck Gerhard				Dr. Herz Leopold		X	
Eibl Manfred		X		Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hierneis Christian	X		
Eisenreich Georg				Hiersemann Alexandra			
Enders Susann		X		Hintersberger Johannes		X	
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette			X
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			X
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingler Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			X
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			X
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			X
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			X
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Dr. Strohmayer Simone			X
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			X
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	40	99	20